

vertragen habe - keinerlei geldliche Zusagen gemacht worden. Der Ministerpräsident hat lediglich darum gebeten, zu seiner persönlichen Information und zur Information der Landesregierung eine Übersicht zu bekommen, aus der hervorgeht, was die örtliche Berufsvertretung an Investitionen für die Aufbesserung der Struktur und die Wirtschaftsverhältnisse des Kreises für erforderlich hält. Nicht mehr und nicht weniger. Es sind keinerlei Zusagen gemacht worden.

(Lauenstein (CDU): Das ist in anderen Kreisen genauso!)

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Herr Minister. Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Besprechung der Dringlichen Anfrage.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir kommen jetzt zu dem Punkt

Abgabe einer Regierungserklärung zur Lagerung von Sondermüll im Lande Niedersachsen - Unterrichtung - Drs 10/1063

In dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten an den Landtagspräsidenten vom 25. April 1983 heißt es:

"Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Laufe des 8. Tagungsabschnitts des Landtages beabsichtige ich, zur Lagerung von Sondermüll im Lande Niedersachsen eine Regierungserklärung abzugeben. Ich wäre für die Mitteilung dankbar, an welcher Stelle der Tagesordnung dieser Punkt am zweckmäßigsten einzufügen ist."

Die Fraktionen hatten sich darauf verständigt, den Punkt an dieser Stelle der Tagesordnung einzufügen. Ich rufe nun diesen Punkt auf und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorgänge in der letzten Woche in Münchehagen veranlassen mich, eine grundsätzliche Erklärung der Landesregierung hierzu, aber auch insgesamt zum Stand der Sonderabfallbeseitigung in Niedersachsen abzugeben. Als Ende März Vermutungen laut wurden, daß die aus Seveso verbrachten Giftabfälle möglicherweise auch in die Bundesrepublik gebracht worden sein könnten, setzte auf Bundes- und auf Landesebene eine intensive Überprüfung ein. Nach Auswertung aller Unterlagen und nach Überprüfung der Ablagerungen in dem fraglichen Zeitraum konnten Bundes- und Landesregierung erklären, es lägen keine Erkennt-

nisse darüber vor, daß die Abfälle in die Bundesrepublik bzw. nach Niedersachsen eingeführt oder hier gar endbeseitigt worden seien. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Infolgedessen blieb die Verunsicherung, zu der in ganz wesentlichen Umfang auch die beteiligten Wirtschaftsbetriebe beigetragen haben.

(Hirche (FDP): So ist es!)

die offensichtlich zu einer schonungslosen Aufklärung entweder nicht bereit oder nicht in der Lage waren.

Überdies habe ich in einigen Fällen den Eindruck gehabt, daß verschiedene Kreise die Verunsicherung bewußt nutzen wollten. Neben zahlreichen ernsthaften Meldungen wurden auch sogenannte sichere, aber vertrauliche Hinweise und sogenannte Beweise dafür gegeben, wo die Abfälle überall abgelagert worden sein sollten.

Quelle

Vorläufiges Landtagsprotokoll  
D: 26.04.83

Themen

- Münchehagen
- privatwirtschaftlicher Betrieb (S. 320/321)
- Export / Import (S. 330/331)
- Altlasten (S. 337)
- Vertrauen / Sicherheit / Information, Verschleierung (S. 346-350)







Der Landkreis Nienburg schaltete als Fachbehörde das zuständige Wasserwirtschaftsamt Sulingen, das Wasseruntersuchungsamt Hildesheim und das Gewerbeaufsichtungsamt ein. Um die Grabungsarbeiten nicht zu behindern, um aber auch jeden Verdacht einer Manipulation auszuschalten, wurde um 11.30 Uhr nach Rücksprache mit ML vom Landkreis Nienburg die Deponie zunächst geschlossen.

Am Freitag, 22. April, wurde vom Kampfmittelbeseitigungsdienst mit Metallsuchgeräten nach Stahlfässern gespürt. Die Ergebnisse wurden eingemessen und in einen Lageplan eingetragen. Gegen 18 Uhr wurde der ABC-Zug des Landkreises eingesetzt, um mit den Grabungen zu beginnen. Die Grabungen wurden um 21 Uhr abgebrochen. Es wurden drei Fässer mit Rückständen aufgefunden, deren Herkunft geklärt wurde und deren Ablagerung genehmigt worden war. Der Informant könnte zugleich überredet werden, zur Deponie zu kommen, um örtliche Angaben zu machen. Dies geschah im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und der Kripo.

Am Sonnabend, 23. April, wurden die Grabungen mit Gerät weitergeführt. Zugleich wurde mit den Metallsuchgeräten auch das übrige Gelände der Deponie abgesucht. Es konnten keine Ausschläge registriert werden, die auf die Ablagerung von 40 bis 50 Fässern hätten hindeuten können.

Dem Zeugen wurde das Ergebnis dieser Nachforschungen mitgeteilt. Er erklärte, möglicherweise sei die Ablagerung einige Meter neben der von ihm bezeichneten Stelle erfolgt. Aus diesem Grunde wurden alle Punkte, an denen in der Nähe der von dem Zeugen bezeichneten Stelle das Metallsondierungsgerät angesprochen hatte, freigelegt. Hierbei wurde metallhaltiger Abfall, auch Fässer gefunden, nicht jedoch die von dem Zeugen bezeichnete Lieferung. Das gesamte Gebiet, in dem in den letzten Monaten Ablagerungen erfolgten, wurde abgesucht.

Von Grabungen an anderen Stellen als die von dem Hinweisgeber bezeichneten wurde Abstand genommen, weil einmal die Metallsuchgeräte keine Ausschläge registrierten, zum anderen weil nach Angaben der Sachverständigen eine mögliche Umlagerung der bezeichneten Fässer technisch praktisch ausgeschlossen gewesen wäre.

Der Zeuge hat auf Vorhalt der Ergebnislosigkeit der Durchsichtung der Deponie ausgesagt, er könne sich das nicht erklären. Er bleibe bei seiner Behauptung, auch hinsichtlich des Zeitpunktes der Lieferung.

Chr

Bei der Vernehmung weiterer Mitarbeiter der Gesellschaft für Sondermüll Münchenhagen, insbesondere des Laboranten, stellte sich heraus, daß sich ein Vorfall, wie ihn der Zeuge geschildert hatte, am 5. November 1982 ereignen können könnte. Hier erfolgte eine Zweitlieferung von Sonderabfall einer deutschen Firma, von der ML als Lieferant für Asbest- und Grubenrückstände enthielt. Der Laborant hatte in seiner verantwortlichen Vernehmung die Angabe des Zeitpunktes in nahezu allen Angaben bestätigt. Auch die Beschreibung der Fässer und ihres Inhaltes erforderte keine Einwirkung der Kripo über den Zeugen. In der Bescheinigung bestreitet der Laborant jedoch, daß sich ein Fässer als Dioxin bezeichnet zu haben. Die Mitarbeiter dieser Firma waren Anfang November 1982 von der Kripo bei der Sonderabfalldeponie ordnungsgemäß verbeistelt. Aus den Lageplänen ergab sich auch, daß die von der Laboranten angegebene Lieferung vom 5. November 1982 durch einen Mitarbeiter des Niedersächsischen Wasseruntersuchungsamtes Hildesheim überprüft worden war.

Alles in allem läßt sich nach diesen staatsanwaltlichen Ermittlungen feststellen, daß ausgeschlossen werden muß, daß die Hinweise, denen hier nachgedungen worden ist, den Tatsachen entsprechen.

Meine Damen und Herren, die Länder in der Bundesrepublik Deutschland sind frei in der Entscheidung der Frage, wie die Beseitigung der Sonderabfälle erfolgen und wie die Überwachung dieser Tätigkeit organisiert werden soll. Das Abfallbeseitigungsrecht des Bundes macht hier keine Vorschriften. Dementsprechend entscheidet jedes Land nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit. Für Niedersachsen wurde diese Entscheidung im Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Abfallbeseitigungsgesetz im Jahre 1973 getroffen. Dabei war zu berücksichtigen, daß zum damaligen Zeitpunkt unter anderem die heute im Mittelpunkt des Interesses stehenden allgemein zugänglichen Deponien Hoheneggelsen und Münchenhagen bereits bestanden.

*Privatisierung als  
Sachzwang?*

Chr



Beide wurden ebenso wie zahlreiche betriebliche Anlagen von Privatunternehmen betrieben. Dieser Umstand hat eine wichtige Rolle bei der anstehenden Grundsatzentscheidung künftig staatlich oder privatwirtschaftlich betriebener Anlagen gespielt. Der Landtag hat sich damals grundsätzlich für die Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Betätigung ausgesprochen. Lediglich für alle Fälle wurde die Möglichkeit in das Gesetz aufgenommen, Sonderabfälle im Einzelfall oder generell durch das Land beseitigen zu lassen.

Die Landesregierung hält die Grundsatzentscheidung von 1973 nach wie vor für richtig. Sie hat keinen Anlaß, diesen Beschluß als unzureichend oder - wie einige Kritiker offenbar meinen - gar als umweltgefährdend zu bewerten. Ganz im Gegenteil: Wie zuletzt die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in der vergangenen Woche auf der Deponie in Münchenhagen belegt haben, wird die Deponie entgegen den ständigen Unterstellungen der Kritiker nach den für sie bestehenden Vorschriften geführt. An allen Grabungsstellen fand man nämlich genau die Abfälle, die dort nach den erteilten Genehmigungen und den betriebsintern geführten Katastern auch liegen mußten.

Auch unser Nachbarland Nordrhein-Westfalen hat sich für eine privatwirtschaftlich betriebene Sonderabfallbeseitigung entschieden. Der Landesregierung ist nicht bekannt, daß die dortigen Anlagenbetreiber einer ähnlich massiven Dauerkritik ausgesetzt sind wie die niedersächsischen Betreiber. Gleiches gilt für die privaten Sonderabfallbeseitiger in den übrigen Bundesländern, die ihre Aufgabe selbstverständlich und ungestört wahrnehmen. Selbst in dem im übrigen durch eine staatlich beherrschte Gesellschaft entsorgten Hessen existiert mit der sehr wichtigen Untertagedeponie Herfa-Neurode ein in ganz Westeuropa und geschätzter privatwirtschaftlicher Anlagenbetreiber.

Bei einer privatrechtlichen Lösung der Organisation der Sonderabfallbeseitigung kommt naturgemäß einer strengen Überwachung eine besondere Bedeutung zu. Diese beginnt beim Antragsverfahren für die Genehmigung der Einlagerung. Hierbei werden die zur Ablagerung vorgesehenen kritischen Abfälle einer genauen Analyse unterzogen, und zwar zunächst vom Betreiber der Deponie und sodann von den Fachbehörden. In den letzten Tagen ist vereinzelt Kritik geübt worden, daß die Behörden möglicherweise nicht in der Lage seien, die Abfälle auf alle kritischen Stoffe zu untersuchen. In der Tat, wir können nicht alles untersuchen - immerhin gibt es rund 800 000 Verbindungen -; aber wir brauchen das auch nicht. Zur wirksamen Überwachung gehört es vielmehr, in die abfallerzeugenden Betriebe selbst hineinzugehen. Dann wissen wir, welche Stoffe bzw. Verbindungen überhaupt anfallen können.

Wenn aufgrund der Analysen die Genehmigung für die Einlagerung in eine bestimmte Deponie erteilt ist, dann beginnt das sogenannte Beleitscheinverfahren, mit dem sich der Weg des Abfalls vom Erzeuger über den Beförderer bis zur Beauftragungslage nachvollziehen läßt. Auf der Deponie werden ständige Eingangsanalysen durch den Betreiber und Kontrollanalysen durch die Behörden vorgenommen. Letztlich werden für kontrollierte rechtlichliche Untersuchungen noch Rückstellproben für einige Monate entnommen. Ich glaube, hierdurch wird wirklich ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet.

Zuständig für die Überwachung sind die Landkreise. Allerdings haben sich der Landkreis Nürnberg und zum Teil der Landkreis Hildesheim in den letzten drei Jahren für eine Übertragung der Überwachung von Sonderabfalldeponien auf staatliche Stellen ausgesprochen.

(Zuruf von der SPD: Warum denn?)

Eine solche Übertragung würde das erforderliche enge Zusammenwirken der Abfallüberwachung mit den zuständigen Behörden der Wasserwirtschaft, des Naturschutzes und der Landespflanze, die alle auf Kreisebene angesiedelt sind, erschweren.

(Zuruf von der SPD: Warum das? - Hirsche (FDP): Nein!)

Auf diese enge Verzahnung sollte nach Auffassung der Landesregierung nicht verzichtet werden. Aber auch im Rahmen der Abfallbeseitigung würden die Kompetenzen zerrissen werden. Die Landkreise sind nämlich für viele andere Aufgaben nach dem Abfallrecht zuständig, zum Beispiel für die Erteilung von Einsammlungs- und Beförderungsgenehmigungen, für Anordnungen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und zur Auskunftspflicht.

ALL

\* Vielleicht sind die Vorschriften ungenügend ALL



Vielleicht wollten die beiden Landkreise dem politischen Druck im Zusammenhang mit den Sondermülldeponien ausweichen. Andererseits trifft es zu, daß die Landkreise selbst nicht für alle damit zusammenhängenden Spezialfragen entsprechendes Fachpersonal haben. Im Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Abfallbeseitigungsgesetz sind daher die Wasserwirtschaftsämter zur technischen Fachbehörde für Abfallbeseitigung bestimmt. Sie beteiligen die anderen Fachbehörden - Niedersächsisches Wasseruntersuchungsamt, Geverbeaufsichtsamt, Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung. Die Beratung der Landkreise durch die technischen Fachbehörden hat sich in der Vergangenheit - wie sich auch gerade jetzt bei den Maßnahmen in Münchenhagen gezeigt hat - bewährt und wird - soweit ich es übersehe - voll anerkannt.

(Zuruf von der SPD: Dann ist ja alles in Butter!)

Ich glaube, an dieser Stelle sollte man sich einmal bewußt werden, was gerade auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung geleistet worden ist. Erst seit 1972 gibt es ein Abfallbeseitigungsgesetz. 1973 hat Niedersachsen ein ergänzendes Ausführungsgesetz erlassen. Eine gänzliche Neuordnung der Abfallbeseitigung setzte ein. Die über 3 000 bestehenden, zum Teil wilden Kippen wurden auf rund 150 geordnete Anlagen reduziert. 1973 wurde das oben beschriebene Begleitscheinverfahren entwickelt, welches 1978 fortentwickelt wurde. Dieses Kontrollverfahren, für das wir ab 1980 die EDV einsetzen, hat zusammen mit dem Verfahren in Baden-Württemberg den höchsten Standard in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa.

Neue Technologien sind von der Landesregierung gefördert, verschiedene grundlegende Untersuchungen, über eine chemisch-physikalische Behandlungsanlage, über die Möglichkeit einer unterirdischen Einlagerung, sowie ein Untersuchungsprogramm über die Standortbindung für die Ablagerung von Sonderabfällen sind in Auftrag gegeben worden.

Wir haben ein Kursbuch für Sonderabfälle herausgegeben, aus dem jeder entnehmen kann, in welcher Anlage er jeweils einen bestimmten Abfall loswerden kann. In Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern suchen wir den Weg von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft, insbesondere zur Verwertung. Die sogenannte Abfallbörse ist in den letzten Jahren sehr erfolgreich gewesen. Der Industrieabfall konnte auf diese Weise ganz erheblich reduziert werden.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Tagen gefordert, die beiden Deponien in Hoheneggelsen und Münchenhagen auszukoffern. In diese Deponien werden fast ausschließlich verunreinigte mineralische Abfälle - Aschen, Schlacken, Filterstäube, entwässerte und entgiftete Galvanikschlämme sowie ölverunreinigte Böden - abgelagert, für die es vom Grundsatz keine andere Beseitigungsart als die der Deponie

Ga/M

gibt. Die Abfälle fallen zum Teil aufgrund von Umweltschutzmaßnahmen an, z. B. die Filterstäube aus Großfeuerungsanlagen und ölverunreinigte Böden. Bei beiden Sonderabfalldeponien werden nach unserem bisherigen Kenntnisstand keine Umweltschädigungen gesehen, die eine Auskoffnung - wie es die SPD-Fraktion verlangt - erforderlich machen.

Im Zusammenhang mit den beantragten Erweiterungen beider Deponien werden zur Zeit umfangreiche hydrogeologische und ingeniergeologische Gutachten erstellt. In die Prüfung werden auch die von anderer Seite in Auftrag gegebenen Gutachten einbezogen werden. Dies gilt auch für das Gutachten von Professor Heilfeld und Dr. Krapp, das meines Wissens gestern der Öffentlichkeit übergeben worden sind. *Hoheneggelsen*

Auch für die Auskoffnung der bis Mitte der 70er Jahre abgelagerten Destillationsrückstände gibt es keine zureichenden Gründe, da diese Abfallstoffe nur Spuren von Dioxin im ppm-Bereich, d.h. Gramm pro Tonne, enthielten. Diese Spuren sind außerdem in der Destillationsmasse wasserunlöslich fest eingeschlossen. Sie könnten nur unter großem Druck und hoher Temperatur freigesetzt werden. Diese Voraussetzungen sind jedoch im Deponiebereich nicht denkbar.

Die Sondermüllbeseitigungsanlage bei Schönberg in der DDR unmittelbar an der Zonengrenze, der Transit von Abfall und die Deklaration von Abfällen werfen Fragen auf, die nicht voll befriedigend gelöst sind. Die Umweltministerkonferenz hat sich bereits im Februar mit diesen Fragen beschäftigt. Der Bund hat die Probleme jetzt aufgegriffen und den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes übersandt.

Ga/II



Der Entwurf wird am 28. und 29. April mit den Ländern besprochen werden. Folgende Regelungen sind vorgesehen: Verankerung des Grundsatzes, daß Abfälle dort zu beseitigen sind, wo sie anfallen; der Export ist also unerwünscht. In Niedersachsen wird allerdings ohnehin nur noch weit weniger als 1 % aus dem Ausland eingeführt. In Hoheneggelsen wird seit zwei Jahren überhaupt kein Abfall aus dem Ausland mehr abgelagert.

Neben der Abfalleinfuhr werden nunmehr auch die Abfalleinfuhr und der Transit von Abfällen einer Genehmigungspflicht unterworfen.

(Campen (Grüne): Auch das, was in die Nordsee gekippt wird?)

Damit soll insbesondere auch der Störung der Entsorgungsstrukturen durch die Deponie in Schönberg in der DDR entgegen gewirkt werden. Bestimmte potentiell gefährliche Stoffe werden unabhängig von ihrer Abfalleigenschaft der abfallrechtlichen Überwachung - also Begleitscheinverfahren, Genehmigungspflicht bei grenzüberschreitender Verbringung - unterworfen. Hiermit soll eine Umdeklarierung zu Wirtschaftsgut und damit auch ein Umgehen der abfallrechtlichen Kontrollen verhindert werden.

gut?

Der Bund wird über Genehmigungen für grenzüberschreitende Abfallbeseitigung unterrichtet, soweit übergeordnete Belange berührt sind. Die Genehmigungsvoraussetzungen für grenzüberschreitende Abfallbeseitigung werden insgesamt konkretisiert und verschärft, zum Beispiel die Bestimmung der Grenzübergänge für Abfalltransporte. - Soweit die neue Regelung.

In Niedersachsen sehen wir die Altlasten als ein noch zu lösendes Problem an. Hier haben wir eine Hypothek aus der Vergangenheit abzutragen. Unsere Fachleute arbeiten eng mit der Länderarbeitsgemeinschaft "Abfall" zusammen. In diesem Zusammenhang haben wir gegenüber dem Bundesminister für Forschung und Technologie anregt, beispielhaft an der Altdeponie bei Münchehagen eine Gefährdungsabschätzung vorzunehmen und Bergungsmethoden von inhomogenen Abfällen zu entwickeln.

Wir haben sicherlich Anlaß zu bedauern, daß bei der Deponierung von giftigem Abfall in früheren Zeiten nicht so sorgfältig vorgegangen wurde wie heute. Eine Auskoffierung von Altdeponien kann nur in Erwägung gezogen werden, wenn die Risiken für Mensch und Umwelt, die eben mit der Auskoffierung verbunden sind, in Grenzen gehalten werden können und wenn bessere, neue Deponien die Abfälle aufnehmen können. Ich habe mit

meiner Ausführungen den jetzigen Erkenntnisstand der Behörden des Landes dargelegt. Ich halte es aber für legitim, ja sogar für notwendig, daß in solchen schwierigen Angelegenheiten in gewissen Abständen immer wieder neu geprüft wird, ob Verbesserungen möglich sind. Die Landesregierung steht dem Landtag hierüber zur Verfügung, nicht nur weil es ihre Pflicht ist, sondern auch weil sie dieses Gespräch begrüßt. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Bosse:

Ich danke dem Ministerpräsidenten für die Abgabe dieser Regierungserklärung und eröffne die Aussprache. Dazu hat als erster Redner das Wort der Kollege Bartels.

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung zur Lagerung von Sondermüll im Lande Niedersachsen ist für uns eine Gelegenheit, um heute hier im Plenum die Vorgehensweise der Landesregierung bei der Überprüfung der niedersächsischen Sonderabfalldeponien zu beleuchten.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich wäre froh gewesen, wenn wir diese Erklärung des Ministerpräsidenten oder des zuständigen Fachministers im entsprechenden Ausschuss rechtzeitig bekommen hätten, ohne daß wir als Parlament mit Nachdruck darauf drängen müssen, daß man uns im Ausschuss in diesen Fragen, die uns zu der Zeit alle bewegten, Rede und Antwort stand.

(Oestmann (CDU): Es ist das Wesen von Regierungserklärungen, daß sie hier abgegeben werden!)

Insofern haben wir heute eine Gelegenheit, an dieser Stelle nachträglich mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in Erinnerung rufen, daß die Landesregierung kurz nach Bekanntwerden des Verschwindens der 41 Fässer aus Seveso durch den Sprecher des Landwirtschaftsministeriums eine Erklärung abgegeben hat, der sagte - ich zitiere jetzt mit Genehmigung des Präsidenten aus der "Braunschweiger Zeitung", die mir vorliegt -:



"Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums versicherte am Freitag in Hannover vor Journalisten, daß nicht einmal ein Teil der Seveso-Abfälle zu den Sondermülldeponien in Münchhagen (Kreis Nienburg) und Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) gebracht werden sein könnte. Dagegen antwortete Sozialminister Hermann Schnipkoweit auf die Frage, ob er einen Transport der Fässer durch Niedersachsen über deren Lagerung im Lande ausschließen könne: 'Ausschließen will ich überhaupt nichts mehr nach dem, was ich auf diesem Gebiet schon alles erlebt habe.'"

Wir als Opposition haben uns nun gefragt, wie denn die Landesregierung so schnell zu der Erkenntnis gekommen ist, daß man so absolut ausschließen könne, daß in den niedersächsischen Deponien überhaupt etwas dieses hochgiftigen Abfalls lagern könne. Nachdem sich viele Informationen unmittelbar nach Bekanntwerden des Verschwindens der Fässer auf die beiden Standorte Hoheneggelsen und Münchhagen verdichteten, nahmen wir an, daß sich die Landesregierung gerade diese zwei niedersächsischen Standorte vorgenommen hätte und an diesen Standorten besondere Untersuchungen im Hinblick auf einen möglichen Verbleib der Fässer angestellt hätte. Wir haben angenommen, man hätte vorsorglich Proben aus den Abfällen gezogen, die in den letzten, in Frage kommenden Monaten dort eingelagert worden sind. Wir hatten uns darüber hinaus vorgestellt, daß man die Rückstellproben, die von den eingelagerten Abfällen existieren, an Ort und Stelle untersucht hätte, um sicher zu sein, daß den Deponien tatsächlich niemand etwas untergeschoben hat.

Nachdem wir diese Erklärung der Landesregierung so frühzeitig hörten, haben wir die Landesregierung im Ausschuß befragt, wie sie zu diesem Ergebnis gekommen sei. Wir waren verwundert, meine Damen und Herren, daß man uns sagte, man habe in der Vergangenheit ausschließlich den legalen Weg der Einfuhr und der Beseitigung der Sonderabfälle zu rekonstruieren versucht. Man hat im Grunde genommen die Aufmerksamkeit nur auf die Fragen gelegt: Wie sehen die Begleitscheine aus, wie sehen die Eingangskontrollbücher aus, und ist alles im Rahmen des Begleitscheinverfahrens ordnungsgemäß abgelaufen.

An dieser Stelle setzt unser erster Vorwurf, den wir als Opposition rechtzeitig erhoben haben, ein. Angesichts der kriminellen Praktiken bei der Verbringung und bei dem Transport dieses hochgiftigen Abfalls, die wir in Italien und in Frankreich festgestellt haben, darf man nicht unterstellen, daß bei einem möglichen Übergang über die Grenzen der legale Weg beschritten wurde. Man muß unterstellen, daß in einem solchen Fall versucht wird, die giftigen Abfälle auf illegale Weise einzubringen.

Gro

Dieser illegale Weg ist nicht nachzuleuchten, sondern man hat sich darauf beschränkt, die Angaben zu untersuchen, die aus den Begleitscheinen hervorgehen.

(Oestmann (CDU): Wie wollen Sie einen illegalen Weg ausleuchten, Herr Minister?)

Meine Damen und Herren! Der zweite Vorwurf, der an der an dieser Stelle zu formulieren ist, ist, daß die Landesregierung frühzeitig den Eindruck zu erwecken versucht hat, man sei in der Lage, mit den Eingangskontrollen, die in den betriebsfremden Labors vorgenommen werden, Rückstände von Dioxin in den Rückstellproben aus den angelieferten Sonderabfällen, die auf der Deponie eingelagert werden sollen, festzustellen. Dies ist in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit und in den Ausschußsitzungen immer wieder so vertreten worden, bis wir aufgrund eines Hinweises aus einer Universität nachfragten, ob man denn tatsächlich mit den Bordlabors die dioxinhaltigen Rückstände ermitteln könne. Auf diese Frage mußte die Auskunft gegeben werden - dies scheint jetzt allgemeiner Sachstand zu sein -, daß allenfalls drei Institute in der Bundesrepublik Deutschland in der Lage sind, diese Rückstände zu analysieren, und daß dies überhaupt nicht mit dem - auch in der Antwort auf die Anfrage des Kollegen Heddermeyer zitierten - Schnellverfahren auf den Deponien möglich sei.

Gro



Meine Damen und Herren, dann habe ich mit großem Interesse die Darstellung des zeitlichen Ablaufs in der vergangenen Woche durch den Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen. Wenn ich das richtig lese und wenn hier kein Mißverständnis dahintersteckt, habe ich darin einen nach meiner Auffassung gravierenden Unterschied zu den Ausführungen festgestellt, die einmal in der Sitzung des Umweltausschusses am Montag der vergangenen Woche und zum anderen in der Sondersitzung des Umweltausschusses am Freitag der vergangenen Woche gemacht worden sind. Es geht dabei um die Darstellung dessen, was die Landesregierung unmittelbar nach Eingang des Briefes mit der vermeintlich heißen Spur unternommen hat. Uns ist in der Sondersitzung des Umweltausschusses gesagt worden, dieser Brief sei am 14. April in der Staatskanzlei eingegangen. Er sei dann am Montag der darauffolgenden Woche, also am 18. April, vom Umweltbeauftragten geöffnet, zur Kenntnis genommen und dann sofort mit dem entsprechenden Vermerk versehen dem Landwirtschaftsministerium zugeleitet worden. In der Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten lesen wir, daß der Brief nicht erst am 18. April geöffnet, mit einem Vermerk versehen und weitergeleitet worden sei, sondern daß der Umweltbeauftragte diesen Brief schon am 15. April, also am Freitag abend, geöffnet habe. So lese ich das jedenfalls aus der Veröffentlichung des Herrn Ministerpräsidenten heraus; ich hoffe, daß ich das jetzt ganz schnell finde.

(Oestmann (CDU): Auch wenn Sie es nicht finden: Das gibt nicht so sehr viel her, Herr Bartels!)

- Warten Sie ab. Ein interessanter Hinweis ist es zumindest insofern, Herr Kollege Oestmann, als wir gerade über diesen Punkt im Umweltausschuß miteinander gestritten haben, als es um die Frage ging, ob der Umweltbeauftragte am Montag der vergangenen Woche, als es die erste Sitzung des Umweltausschusses zu diesem Thema gab, in der Lage war, dem Ausschuß, an dessen Sitzung er teilgenommen hatte, gegenüber eine Aussage über die vermeintlich heiße Spur zu machen, oder ob er dazu nicht in der Lage war, weil er diesen Brief nicht kannte. Nach dem, was wir bisher in der Darstellung gelesen haben - man möge mich korrigieren, wenn ich das falsch interpretiere -, ist es so gewesen, daß Herr Redeker den Inhalt des Briefes am 15. April kannte, daß er am Montag im Umweltausschuß aber keine Aussage dazu gemacht hat, und daß der Landwirtschaftsminister in der Sitzung des Ausschusses am Freitag eine falsche Darstellung des Ablaufes gegeben hat. Ich meine, es ist nicht ganz uninteressant, Herr Kollege Oestmann, das jetzt einmal in dieser richtigen zeitlichen Abfolge zu erfahren.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, aus der Darstellung geht weiter hervor, daß das Landwirtschaftsministerium am 19. April tätig geworden sei; Einschaltung der Kriminalpolizei, des Landkreises usw. Ich brauche das im einzelnen nicht aufzuzählen. Interessant ist nur, daß die Landesregierung am 20. April eine Presseverlautbarung

unter der Überschrift "Trotz der schon angelaufenen Ermittlungen: Keine Spur führt nach Niedersachsen" herausgegeben hat. Herr von Poser führte dann aus, die letzte heiße Spur ende nach seinem Wissen in Frankreich. Wir haben natürlich mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß der Pressesprecher der Landesregierung über diesen Vorgang nicht oder nur unzureichend informiert war. Meine Damen und Herren, das wäre zur Darstellung des zeitlichen Ablaufs in dieser Angelegenheit genügt.

Der Herr Ministerpräsident hat dann einiges zu den Standorten der Sonderabfallbeseitigung, zu deren Beseitigung, zu den Kontrollen, zu den Kontrollorganen, die weiter kein Konzept wie ausgearbeitet.

(Vizepräsident Freilicht über Herrn von Poser)

Das, was hier ausgesagt worden ist, ist das, was die Landesregierung zu diesen Fragen bisher immer verstanden hat: es ist für uns in der Sache überhaupt nichts Neues gewesen. Wir haben die hier angesprochenen Punkte - die Kontrolle durch die Landesreise, die Kontrolle in den Labors, die Ausstattung der Labors, die Organisation der Sonderabfallbeseitigung - schon in der Vergangenheit kritisiert, ohne daß wir bisher eine Reaktion auf unsere Vorschläge erkennen konnten.

Lassen Sie mich noch kurz auf das Problem des Standortes Münchenhagen eingehen. Der Herr Ministerpräsident ist in einem Nebensatz auf eine LNI-Veröffentlichung von heute eingegangen, die sich mit dem Gutachten von Professor Heitfeld von der Technischen Universität Aachen befaßt.



Professor Heitfeld hat in diesem geologischen und hydrogeologischen Gutachten, das von der Stadt Rehburg-Loecum in Auftrag gegeben worden ist, ermittelt, daß die Deponie - ich verkürze das jetzt - auf einer Tongesteinschicht liege, die im Gegensatz zu einer Tonsschicht eine deutliche Durchlässigkeit aufweise. Erst bei einer tausendmal geringeren Durchlässigkeit könnte man von einer dichten Schicht sprechen. Die Auswertung der hydrogeologischen Analysen sowie Ihre eigenen Probabohrungen hätten den Eintritt von versuchtem Deponiewasser in den Untergrund bestätigt. Eine interessante Aussage wird hinsichtlich der Sickergräber und zu der Sickergeschwindigkeit gemacht, nämlich die, daß sie zwischen 20 und 200 m pro Jahr liege. So sei eine von der Deponie ausgehende Schadstoffolge festgestellt worden, die im Abstrombereich bis etwa 200 m in südwestlicher und nordwestlicher Richtung reiche.

Meine Damen und Herren! Diese Aussagen, die durch das Gutachten noch einmal manifestiert worden sind - wir werden dieses Gutachten sicherlich überprüfen und nach allen Seiten hin ausleuchten müssen - und ähnliche Aussagen sind uns schon im Rahmen einer Anhörung der SPD-Fraktion, die diese vor etwa einem Dreivierteljahr im Niedersächsischen Landtag durchgeführt hat, von Vertretern der Bürgerinitiative vorgetragen worden. Man hat massiv angezweifelt, daß die Aussagen der Landesregierung stimmten: Diese Informationen seien von einer solchen Dichte, daß dort überhaupt nichts durchsickern könne, und wenn überhaupt, dann könnten bei der sehr geringen Fließgeschwindigkeit erst in einigen Jahrtausenden giftige Substanzen in das Grundwasser vordringen.

Diese Aussagen sind in der Anwesenheit eines Vertreters des Landwirtschaftsministeriums gemacht worden. Sie sind aber vom Landwirtschaftsministerium mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt und nicht ernst genommen worden.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion und ich hätten dazu gern an dieser Stelle eine etwas deutlichere Stellungnahme des Ministerpräsidenten in dieser Regierungserklärung gehört. Wir erwarten nicht, daß Sie dieses Gutachten bewerten, aber wir hätten erwartet, daß Sie uns gesagt hätten, in welcher Form Sie diesen schwerwiegenden Vorwürfen und Erkenntnissen,

(Oestmann (CDU): Keine Vorwürfe!)

die ja, wenn sie zuträfen, Auswirkungen auf die Altdeponie und auf das hätten, was jetzt noch passiert, begegnen bzw. nachgehen wollen. Dazu haben wir leider Gottes keine Antworten gehört. Wir haben auch keine Antwort zu dem Vorwurf gehört, den der Bürgermeister der Stadt Rehburg-Loecum am selben Abend der Landesregierung gemacht hat, zu dem Vorwurf nämlich, daß diese Landesregierung der betroffenen Bevölkerung nur sehr spärliche Informationen über die von der Deponie ausgehenden Gefahren gegeben und daß die Landesregierung der Stadt bis heute ein vom Land im Hinblick auf die beantragte Deponieerweiterung in Auftrag gegebenes Gutachten vor-enthalten habe.

Mie/W

(Oestmann (CDU): Sie konnte es ja gar nicht vor-enthalten; sie hatte es ja gar nicht!)

So, Herr Ministerpräsident, schafft man natürlich kein Vertrauen in der Bevölkerung, wenn man so mit der betroffenen Bevölkerung im Land umgeht.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Die Frage der Altdeponie ist angesprochen worden,ferner der große Bereich der ungedüngten Deponie, der nicht identifizierten Altdeponie im Bereich der Altdeponie in Münchehagen, die bisher noch nicht bevalligt worden sind. Im und auch die Altlasten angesprochen werden, die in das Umland Hoheneggelsen liegen. Als Stichwort wäre ich nur die Bohrungen Altdeponie.

Das Problem der Erweiterungsplanung ist in Ihrer Regierungserklärung angesprochen worden. In der Vergangenheit haben wir Bedenken gegen die Erweiterungsplanungsabsichten der Landesregierung geäußert, weil wir alleamt wissen, daß die beiden Standorte in der Vergangenheit nach altem Recht, nämlich nach Wasserrecht, eingerichtet worden sind und daß wir zulebzeitenmäßig mehr Erkenntnisse über das haben, was an Standortanforderungen zu formulieren ist, und weil wir aufgrund dieser gewonnenen Erkenntnisse und der größeren Erfahrungen ganz andere und höhere Anforderungen als die, die in der Vergangenheit gegolten haben, an Neueinrichtungen oder möglicherweise an Erweiterungen zu stellen haben. Deshalb sehen wir große Probleme bei den Erweiterungsplanungen, die für Hoheneggelsen und Münchehagen angestellt sind.

Mie/W



Wir haben in der Vergangenheit - die Berechtigung hat die Anhörung der SPD-Landtagsfraktion bewiesen - auf die unzureichenden Kontrollen und insbesondere auch auf den Hilferuf der Landkreise verwiesen, daß sie im Hinblick auf die Sonderabfallbeseitigung und deren Kontrolle personell und sächlich hoffnungslos überfordert seien. Auch dies ist von der Landesregierung in der Vergangenheit nicht ernst genug aufgenommen worden. Man kann die Dinge nicht einfach damit abtun, daß man sagt, hier sei der politische Druck so groß, daß man genügt sei, diesem Druck auszuweichen und die Verantwortung zu verlagern. Man muß meiner Meinung nach tiefer dahintersehen, und ich denke, die Vorgänge sowohl in Hoheneggelsen als auch in Hünneberg haben deutlich gemacht, daß die Kritik und die Forderungen der Landkreise mehr als berechtigt sind. Wir verweisen deshalb darauf.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion will diese Regierungserklärung nicht zum Anlaß nehmen, jetzt eine große Generaldebatte über die Sonderabfallbeseitigung zu führen. Dies haben wir schon einmal an anderer Stelle getan. Wir als Fraktion haben die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert, und wir werden noch einen entsprechenden Antrag einbringen. Wir sind nämlich der Auffassung, daß wir uns als Parlament darüber klarwerden müssen, wie die Kontrolle der Sonderabfallbeseitigung in unserem Lande durchgeführt wird. Wir wollen wissen, ob das entwickelte Begleitscheinverfahren ausreicht oder ob die Aussage der Landkreise zutrifft, daß 80 % der Begleitscheine falsch ausgefüllt sind. Das ist eine Aussage, die von der Landesregierung bisher noch nicht dementiert worden ist.

(Oestmann (CDU): Bewiesen worden ist!)

Wir wollen wissen, ob das Personal bei den Fachbehörden, die hier eben noch einmal angesprochen worden sind, ausreicht, oder ob es tatsächlich zutrifft, daß beim Wasseruntersuchungsamt nur ein einziger Mann für die so wichtige Aufgabe der Untersuchung der einzelnen Proben und der Gewässergüte zuständig ist. Reicht das aus, was wir dort bisher an Personal haben? Reicht es aus, daß wir einfach dem Landkreis die Aufgabe, als Kontrollbehörde zu fungieren, übertragen haben, oder muß da nicht mehr geschehen? Sind die Untersuchungsmethoden, die wir sowohl bei den Eingangsuntersuchungen als auch bei den dann vorzunehmenden Kontrolluntersuchungen anwenden, ausreichend, um alle wichtigen giftigen Stoffe zu erkennen, die angeliefert werden?

Herr Ministerpräsident, Ihre diesbezügliche Aussage ist etwas blauäugig, wenn ich das so sagen darf. Auf Seite 12 heben Sie ab auf

Pa/Wa

die Kritik, die in den letzten Tagen laut geworden ist, daß diese Kontrollen offensichtlich nicht ausreichen. Sie sagen dann, wir brauchen im einzelnen auch gar nicht zu wissen, ob bei Stoff denn nur im Detail darin einseitig sei. Es geht ja um die Wirkung, was in den Betrieben verarbeitet wurde. Wenn das was möglich sei, um auch die Zusammensetzung der Abfälle bekannt. Angesichts der Praktiken, die wir bei der Herstellung der Abfälle in der Vergangenheit erlebt haben - die in einem und im Ministerium belegt dies ja bereits; er vor ja, dieses Personal ja einmal zuständig und hat entsprechende Befugnisse sowie Kräfte -, kann man nicht sagen, daß es ausreicht, wenn wir wissen, was in den Betrieben in die Tonnen gepackt wurde. Man muß auch wissen, was tatsächlich angeliefert wird und in der Rückstandsprobe im einzelnen enthalten ist.

Meine Damen und Herren, ich habe einige Punkte genannt, die wir durch den Untersuchungsausschuß abgeklärt wissen möchten. Wir wollen vor allen Dingen diese von mir gestellten Fragen von den nachgeordneten Behörden beantwortet haben.

(Oestmann (CDU): Das alles können Sie auch im Fachausschuß haben!)

Ich denke, daß dies im Interesse des gesamten Landtages liegen müßte.

Lassen Sie mich als letzten Punkt noch eines aufgreifen. Herr Ministerpräsident, Sie haben am Schluß Ihrer Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß das Land Niedersachsen sozusagen im Bereich der Vorsorgepolitik seit 1981 hydrologische und geologische Untersuchungen für die Sonderabfallbeseitigung in Auftrag gegeben habe, um mögliche neue Standorte zu untersuchen. Dieses haben wir - als wir davon hörten - in der Tat begrüßt und als eine sehr wichtige Vorsorgemaßnahme verstanden. Nur, wir sind enttäuscht, daß diese Untersuchungen seit zwei Jahren laufen und daß man uns bei der Beratung des Haushalts im Ausschuß für Umweltfragen gesagt hat, sie würden auch vor 1986 nicht abgeschlossen werden können. Als wir fragten, wie es denn komme, daß diese Untersuchungen so lange andauern und daß man bei den Erweiterungsplänen für Hoheneggelsen und Hünneberg wesentlich schneller vorgehen könne, erklärten die Beamten der Landesregierung, daß man das entsprechende Geld nicht zur Verfügung gestellt bekommen habe, um diese Untersuchungen forciert durchführen zu können. Angesichts der Riesenproblematik, die bei der Sonderabfallbeseitigung besteht, ist es doch Ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit,

(Beifall bei der SPD)

die hydrogeologischen und die geologischen Untersuchungen nicht deshalb scheitern zu lassen, nur weil sie Ihnen nicht wert sind, dafür 500 000 DM oder 1 Million DM aufzubringen. Wir fordern Sie auf, die erforderlichen Mittel sofort bereitzustellen. Wir hatten

Pa/Wa



- 353/355

zum Haushalt einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir fordern Sie auf, dafür zu sorgen, daß diese Arbeiten unverzüglich fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten hat meines Erachtens die großen und drängenden Fragen, die wir im Bereich der Sonderabfallbeseitigung haben, nicht beantworten können und auch nicht beantwortet. Es sind Fragen offengeblieben,

(Ostmann (CDU): Sie haben sehr aufmerksam zugehört!)

- Vielleicht besser, als Sie es getan haben, Herr Ostmann. - Wir fordern die Landesregierung auf, nunmehr soviel offen und auch ohne ideologische Scheuklappen mit uns gemeinsam alle Fragen der Beseitigung in diesem Untersuchungsausschuß zu durchleuchten und dann nachher im Plenum - weil dann ja die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssen - auch die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Abgeordneter Professor Dr. Freytag, Sie sind der nächste Redner. Ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Freytag (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Suche nach den 41 Seveso-Fässern hat im Grunde zum einen das Problem des Verlusts der Fässer aufgedeckt und zum anderen das Problem bewußt gemacht, daß die Firma Boehringer aus Hamburg offensichtlich über viele Jahre hin dioxinhaltige Stoffe zunächst ohne und dann mit behördlicher Genehmigung nach Niedersachsen hat liefern können. Diese beiden Probleme unterstreichen den mir zuerst merkwürdig und dann doch sehr ernst erschienenen Satz, den der Geschäftsführer der Hessischen Industriemüll GmbH in Wiesbaden, der Chemiker Dr. Peter Schöner, formuliert hat: Abfall kann man nicht beseitigen, er bleibt. - Daß dieser Abfall bleibt, ist die erschreckende Erkenntnis dieser Diskussion und dieser Suche nach den Seveso-Fässern und all dem, was sich darum herumrankt.

Als ich hörte, daß Seveso-Fässer möglicherweise nach Niedersachsen gelangt sind, und gleichzeitig die Firma Boehringer bekanntgab, daß sie dioxinhaltige Stoffe über viele Jahre nach Niedersachsen geliefert hat, habe ich mir gleich gesagt, die Wahrscheinlichkeit, daß die Seveso-Fässer tatsächlich in Niedersachsen gelandet sind, ist relativ gering, denn bei der Bundesrepublik und bei Niedersachsen handelt es sich um Länder, die im Gegensatz zu anderen

01



Ländern, Frankreich eingeschlossen, sehr scharfe Kontrollbestimmungen haben. Deswegen war für mich von vornherein das entscheidende Problem nicht die Suche nach den Sevesogift-Fässern - obwohl das natürlich politisch das vordringliche Problem war -, sondern die Frage: Was ist eigentlich mit dioxinhaltigen Stoffen auf niedersächsischen Deponien? Stellen diese jetzt oder in Zukunft eine Gefahr für Niedersachsen dar oder nicht?

Die Frage, die in diesem Zusammenhang an die Landesregierung zu stellen ist und die meines Erachtens in der Regierungserklärung nicht beantwortet worden ist, ist die: Warum kann die Landesregierung eigentlich keine Auskunft darüber geben, was zumindest in den größeren bekannten Altdeponien und den noch betriebenen Deponien in Niedersachsen lagert? Warum gibt es kein Kataster und dann natürlich auch kein Einlagerungskataster niedersächsischer Deponien, und - ganz aktuell - warum sind nicht sofort - diese Frage haben wir auch im Ausschuß gestellt - zumindest auf den bekannten Deponien Stichproben gezogen worden, um festzustellen, ob dort dioxinhaltige Stoffe lagern oder nicht.

(Beifall bei der FDP.)

Uns ist gesagt worden - diese Aussage halte ich nicht für ausreichend -, man könne nur auf konkrete Hinweise hin nachsuchen. Ich finde, wir müßten von einer effizienten Verwaltung - ich weiß, daß unsere Verwaltung in Niedersachsen personell relativ gering ausgestattet ist, was nicht nur von Nachteil ist - gerade in diesem empfindlichen Bereich eigentlich verlangen können, daß sie jederzeit Bescheid weiß, was auf diesen Deponien lagert.

01

Denn dieses Problem ist nicht ein Problem dieses Jahres - es ist nur in diesem Frühjahr so aktuell geworden -, sondern es ist ein Problem schon seit vielen Jahren.

(Dehn (SPD): Es ist aber die Frage, ob das private Betreiber machen können!)

Das kann man in der Tat mit privaten Betreibern machen. Auch bei privaten Betreibern kann man kontrollieren, und zwar nicht erst mit Hilfe des Staatsanwalts!

(Beifall bei der FDP.)

Gestatten Sie mir eine zweite Bemerkung. Ich glaube, jedem, der in Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften die Berichte der letzten Wochen verfolgt hat, ist sofort deutlich geworden, daß die Eingangskontrollen - Herr Bartels hat schon auf einen Teilaspekt dieser Eingangskontrollen hingewiesen - auf den Deponien offensichtlich nicht so ausgezeichnet und lückenlos durchgeführt werden, wie wir das eigentlich bei den zumindest gefährlicheren Stoffen verlangen müßten. Weder die chemische Eingangskontrolle noch die optische oder physikalische Kontrolle des Eingangs von Stoffen auf den Deponien funktioniert einwandfrei. Als Beleg dafür kann etwa das gelten, was das Fernsehen über die Eingangskontrollen in der Hoheneggeler Deponie vorgeführt hat, was man ja dort vor Ort auch unmittelbar durch Inaugenscheinnahme bestätigt finden konnte.

Ich glaube, die Mindestforderung, die hier erhoben werden muß, ist, daß entweder ein staatlich vereidigter oder ein beamteter Chemiker die Eingangskontrollen mindestens bei diesen beiden Deponien in Hoheneggelsen und Münchehagen permanent durchführen oder begleiten sollte, und zwar täglich und stündlich oder immer dann, wenn Einlagerungstransporte ankommen, nicht aber erst durch spätere Stichproben. Das ist übrigens für das Land relativ kostenneutral, weil die Gebühren für einen solchen Chemiker natürlich von den Betreibern der Deponien bzw. wahrscheinlich sogar von den Einlagerern, die die Abfallstoffe anliefern, zu bezahlen wären.

Auch der nächste Punkt ist für uns wichtig. Bis 1973/74 wurden dioxinhaltige Stoffe in glasartiger Schmelze in niedersächsischen Deponien eingelagert. Es wird gesagt, so auch eben in der Regierungserklärung, daß diese Schmelze aufgelöst werden könnte, so daß Dioxin nur unter hohem Druck und gleichzeitiger hoher Hitze einwirkung frei werde. Das war der Wissensstand von 1973;



es ist nicht unbedingt der Wissensstand von 1983.

Da wir schon sehr oft erlebt haben, daß sich auch in solchen scheinbar sicheren Zusammenhängen Änderungen des Wissensstandes ergeben haben, wäre eine Mindestforderung, daß hier überprüft wird, ob dieser Wissensstand auch heute noch wissenschaftlicher Überprüfung standhält. Wenn nicht, wären diese Schmelzeinlagerungen - es wird ja von 64 oder 87 gesprochen; in einer Zeitung, was sicherlich übertrieben war, wird sogar von 3000 t glasartiger Schmelze gesprochen - in der Tat eine Gefahr für Niedersachsen. Das also wäre meines Erachtens eine Mindestforderung. Es hätte auch schon in der Regierungserklärung gesagt werden können, daß diese Befürchtung nach dem Wissensstand von 1983 ausgeschlossen wird.

(Hirche (FDP): Das wird sogar höchste Zeit!)

Es wurde gesagt, die Landkreise seien bei der Eingangskontrolle und bei der Lagerung von Sondermüll in niedersächsischen Deponien nicht überfordert. Es ist aber bezeichnend, daß gerade die beiden Landkreise, die die größten Erfahrungen bei dieser Kontrolle haben, nämlich Nienburg und Hildesheim, gesagt haben, sie fühlten sich überfordert. Sicherlich, eine Erklärung steht in der Regierungserklärung, daß damit nämlich gemeint sein könne, daß diese beiden Landkreise dem politischen Druck nicht hätten standhalten wollen.

Chr

Wenn aber ein bzw. zwei Landkreise seien, die werden mit der Kontrolle nicht fertig, dann denke ich zunächst einmal an die sachliche und nicht an die politische Arbeit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von der Seite (SPD).)

Ich glaube, das ist sehr ernst zu nehmen. Ich würde nicht so hier - das war unsere Vermittlung nach - sondern um die Fachkompetenz, die möglicherweise in den Landkreisen nicht ausreichend vertreten ist. Möglicherweise ist - so, so - die Kooperation mit den Instituten die "Bil. zuständig" sind, einschließlich der Kooperation mit den Wasserwirtschaftsämtern nicht so gut funktioniert und daß es deshalb vielleicht besser wäre, wenn man entweder eine eigene Behörde für diesen Zweck unterhalte oder aber eine Behörde überhaupt im Lande Niedersachsen mit dieser Aufgabe betraute und mit der entsprechenden Fachkompetenz ausstüfte. Das kann eigentlich gar nicht so problematisch sein, weil es nur sehr wenige Deponien in Niedersachsen gibt.

(Beifall bei der FDP. - Hirche (FDP): Andernfalls geht es nach dem Motto: Schwimmt mal weiter; wenn ihr ertrinkt, habt ihr selber schuld!)

- Genau!

Ich komme auf ein weiteres Problem zu sprechen. Die SPD-Fraktion hat gefordert, Deponien in Niedersachsen, insbesondere die Deponie in Mönchehegen und möglicherweise speziell die Altdeponie in Mönchehegen, auszukoffern. Die Regierungserklärung hat ein neues Wort für Auskoffern. Sie nennt es "Bergung des Inhalts der Deponie".

(Zuruf von Hoch (SPD).)

Ich kenne nicht genau den Unterschied; aber wahrscheinlich bedeutet auch das auskoffern.

(Hirche (FDP): Wir nennen es "Bergen" und koffern aus!)

Meines Erachtens kann eine solche Forderung eigentlich erst aufgestellt werden, wenn die Überprüfung stattgefunden hat, die durch dieses Forschungsprojekt vorgenommen werden soll. Meines Erachtens ist es so, daß dem Begehren des Landkreises Nienburg auf Giftmülluntersuchung insbesondere in dieser Altdeponie dringend und sofort stattgegeben werden müßte und daß man dieses Problem als Land Niedersachsen nicht von sich weg auf den Bund schieben dürfte, sondern als Land Niedersachsen zunächst selbst ernst nehmen müßte.

(Beifall bei der FDP.)



- 367/370 -

Ich glaube, daß hier wirklich ein Versäumnis des Landes bzw. der Landesregierung vorliegt; denn ich muß mich auch dem Gedanken anschließen, den die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" am 31. März 1983, kurz bevor der Verlust der Seveso-Fässer öffentlich bekannt wurde, formuliert hat. Ich möchte das zitieren:

"Auf den Gedanken, den Bund mit in die Verantwortung zu nehmen, kam der mit der Sondermülldeponie gebeutelte Landkreis Nienburg, nachdem das Land Niedersachsen die Millionen Mark verschlingende Sanierung des nahe Nordrhein-Westfalen liegenden Geländes immer weiter vor sich herschob, die Ende der 70er Jahre eingeleiteten Sofortmaßnahmen in Form eines mit hohem Aufwand erstellten Ringgrabens aus undurchlässigem Ton offensichtlich auch nicht reichten und nunmehr noch die Universität Göttingen ein alarmierendes Gutachten vorlegte."

Ich möchte jetzt nicht weiterzitieren. Aus dem in dem Zitat genannten Gutachten wurde deutlich, daß von dieser Altdeponie Münchenhagen eine Gefährdung sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann. Deshalb auch hier, wie gesagt, die Mindestforderung, daß das Land in die Forschung bzw. in die Finanzierung der Forschung einsteigt und dann im Übrigen dafür sorgt, soweit es dies kann, daß sich der Bund an dieser Forschung beteiligt. Aber zunächst einmal ist das wohl eine Aufgabe des Landes.

Schließlich komme ich zu der Frage, die jetzt auf Bundesebene geklärt werden soll, nämlich zur dritten Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes. In dem Entwurf hat man einen Paragraphen geschaffen, dem ich so überhaupt nicht zustimmen kann. Nach diesem Paragraphen sollen Abfälle dort beseitigt werden, wo sie anfallen.

(Dr. Hruska (FDP): So ein Quatsch!)

Ich war gerade in der fraglichen Zeit, als die Seveso-Fässer gesucht wurden, in Baden-Württemberg. Der baden-württembergische Ministerpräsident hat klar erklärt, ohne den Export von Sondermüll in die Schweiz könne Baden-Württemberg nicht auskommen, weil es gar keine Lagerstätten habe. Dort gibt es nämlich vor allen Dingen Kalk, kalkhaltige Gebirge und dergleichen, wo die Gefahr der Grundwasserkontamination besteht.

ALL

In der Schweiz gibt es trockene Lagerstätten. Die Schweiz nimmt traditionell Sondermüll von Baden-Württemberg ab. Das ist meines Erachtens auch vernünftig. Ich könnte mir vorstellen, daß auch das Land Niedersachsen auf diesem Gebiet Dienstleistungen anbietet.

(Zustimmung von Dr. Hruska (FDP).)

Ich bin der Meinung, daß sich eine solche Forderung, wie sie in diesem § 1 aufgestellt wird, gerade in einer Zeit, in der wir versuchen, der Isolierung von Nationen und auch im EG-Bereich entgegenzuwirken, überhaupt nicht vertreten läßt. Wir müssen uns im Gegenteil fragen: Warum wird denn nach den Seveso-Fässern gesucht? - Wird nicht möglicherweise Senckenberg nach den Seveso-Fässern gesucht, weil alle Länder und Teile von Ländern Bestimmungen erfinden haben, die die Einlagerung dieser Fässer verhindern?

(Zuruf: Das hätte besser Herr Jürgens gesagt!)

Gerade durch diese Verhinderung der Einlagerung von Fässern kommt es dann zu solchen Geistertransporten,

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Frau Garbe (Grüne))

zur Beunruhigung der Bevölkerung und zu den Sorgen, die wir uns jetzt machen müssen.

(Beifall bei der FDP. - Dr. Hruska (FDP): Was niemand haben will, wird ins Dunkel geschoben!)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Abgeordneter Grill, ich erteile jetzt Ihnen das Wort.

(Scheibe (SPD): Machen Sie es so, daß ich nicht einschlafe!)

Grill (CDU):

- Herr Scheibe, haben Sie damit heute Schwierigkeiten?

(Scheibe (SPD): Die Debatte verläuft so leicht!)

Ga/H



- Wenn die Debatte zu seicht verläuft, können wir das ja vielleicht ändern!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Bartels hat zu der Regierungserklärung eine Reihe von Anmerkungen gemacht, von denen ich nicht jede einzelne aufnehmen will. Am Schluß seines Beitrags hat er eine Bemerkung gemacht, daß es einer solchen Regierungserklärung heute nicht bedurft hätte, wenn das, was die Regierungserklärung sachlich enthielt, rechtzeitig im Ausschuß gesagt worden wäre. Ich wage die Behauptung, Herr Kollege Bartels: Wenn Sie im Ausschuß zugehört hätten, dann wären Sie nicht zu einer solchen Bemerkung gekommen;

(Zustimmung bei der CDU)

denn der Landwirtschaftsminister und auch die Beamten sind Ihnen weder am 18. April noch am 21. April in den Sitzungen des Umweltausschusses in irgendeiner Art und Weise eine Antwort schuldig geblieben auf Fragen, die Sie gestellt haben.

(Grübmeier (CDU): Völlig richtig!)

Eine Zwischenbemerkung: Sie haben einen Unterschied zwischen den Erklärungen des Landwirtschaftsministeriums und dem, was der Minister Schnipkoweit gesagt hat, hergestellt. Ich glaube, daß jeder von uns in dieser Situation letzten Endes beides erklären könnte. Jeder könnte aufgrund seiner Informationen und seines Wissens bestimmte Dinge ausschließen. Aber generell - dies ist doch eine gemeinsam von uns vertretene Überzeugung - ist doch festzustellen, daß es kein einziges Gesetz - weder hier bei uns, noch irgendwoanders -, und auch noch keine perfekte Kontrolle gibt, die letzten Endes kriminelle Akte verhindert. Genau dies hat der Sozialminister doch wohl letzten Endes gemeint.

Die Frage der Ausleuchtung des sogenannten illegalen Weges ist eine Frage, wo und in welche Ecke Sie denn eigentlich hineinleuchten wollen.

(Dehn (SPD): Wie meinen Sie das?)

Sie haben des weiteren die zeitliche Darstellung der Abläufe hier im Plenum nicht korrekt wiedergegeben.

(Grübmeier (CDU): Das stimmt!)

Sie haben gesagt, die Vertreter der Landesregierung hätten am 21. April im Ausschuß die Darstellung gegeben, daß der Landesbe-

Ga/M

auftragte für Umweltschutz den Brief erst am 18. April gelesen hat. Richtig ist, daß am Freitag, dem 21. April, im Ausschuß die Vertreter der Landesregierung - einschließlich des Ministers, des Staatssekretärs und der zuständigen Beamten - erklärt haben, daß der Landesbeauftragte den Brief am Nachmittag oder Abend des 15. April geöffnet, mit den entsprechenden Vermerken versehen und an das Landwirtschaftsministerium weitergeleitet habe.

Ich habe mich noch einmal ausdrücklich bei der Landesverwaltung erkundigt. Am Freitag ist folgende Darstellung gegeben worden: Eingang am 14. April, Abzeichnen durch den Landesbeauftragten für Umweltschutz am 15. April. Dies ist die Darstellung der Freitag!

(Westmann (CDU): So ist es! - Lübmeier (CDU): Genau so war das!)

Diese Darstellung werden Sie nicht korrigieren können.

Ga/11



Diese Ausführungen haben im Übrigen auch nicht nur Klärung,  
in der Diskussion beigetragen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen ganz grund-  
sätzlich festhalten, daß diese Angelegenheit auch aus der Sicht  
des Parlaments nicht mit der Formulierung des Ministerpräsidenten  
zu Beginn seiner Regierungserklärung, daß nämlich die beteilig-  
ten Wirtschaftsverbände bzw. Firmen in einem erheblichen Maße  
zur Verwirrung beigetragen hätten, abgetan werden sollte. Ich  
glaube, daß sich die Industrie darüber im Klaren sein muß, daß  
dieser Vorgang nicht nur dort, wo die Sonderabfälle anfallen, Ver-  
trauen zerstört hat, sondern auch in ganz erheblichem Maße  
den Kredit in der Frage, ob die Privatwirtschaft mit den Sonder-  
abfällen sorgfältig umgeht, verschiebt hat. Die Politik wird gar  
nicht in der Lage sein, dieses mangelhafte und zum Teil auch  
illegale Verhalten zu decken. Vielmehr müssen wir fordern, daß  
gerade im Interesse einer Lösung der damit verbundenen generellen  
Probleme in der Industrie und in der Privatwirtschaft nicht nur von  
den Deponiefirmen sicherheitsbewußt mit den Sonderabfällen umge-  
gangen wird, sondern daß das Sicherheitsbewußtsein und die Ver-  
antwortung der Privatwirtschaft bereits dort beginnen, wo der  
Abfall entsteht, und nicht erst dort, wo er gelagert wird.

(Zustimmung bei der CDU. - Grübner (CDU): Sehr gut!)

Wir wissen zweitens sehr wohl, daß Kriminalität durch kein Ge-  
setz verhindert werden kann. Es gibt für mich eine weitere unan-  
genehme Folge im Sinne der generellen Aussprache auch in diesem  
Hause, daß nämlich mit einem solchen Vorfall letztendlich das  
Bedürfnis nach Regelung per Gesetz und Verordnung und damit  
auch der Umfang an Bürokratie mit den uns bekannten Begleiter-  
erscheinungen zunimmt. Dieses Problem muß man deshalb auch vor  
dem Hintergrund der generellen Kritik an noch mehr Bürokratie  
und noch mehr Kontrolle sehen.

Wir wollen allerdings keinen Zweifel daran lassen - ich hoffe,  
der Kollege Bartels hat dem Ministerpräsidenten und dessen Re-  
gierungserklärung in diesem Punkt nur versehentlich falsch inter-  
pretiert -, daß für uns die Kontrolle eben dort beginnt, wo der  
Abfall entsteht und wo wir möglicherweise in Zukunft mehr werden  
darauf achten müssen, daß Abfälle nicht als Wirtschaftsgüter  
deklariert werden

(Grübner (CDU): So ist es!)

und damit unserer Verfügbarkeit entzogen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. -  
Hoch (SPD): Das ist aber schwierig!)

neu/M

- Natürlich, Herr Kollege! Auch wenn man sich in  
Veranlassung zu sagen, daß niemand von uns irrtümlich ein-  
druck erwecken sollte, er habe eine paar goldene Regeln  
für den Sonderabfall, und damit sei das ganze Problem  
gelöst. Der Kollege Freytag hat am Schluß seiner Rede gesagt,  
die Tatsache, daß diese Abfälle niemand hätte haben sollen, sei  
auch eine Ursache für das, was wir heute im Zusammenhang  
mit dem Seveso-Rift diskutieren.

(Grübner (CDU): wem so ist es!)

In diesem Zusammenhang müssen wir uns, Herr Kollege,  
das so wollen, darüber im Klaren sein - das haben  
die bisher nicht bestritten, und das ist uns von der Landesre-  
gierung so berichtet worden -, daß der Anordnungs- und der  
Zwang der Sondermülldeponien in Hessen dazu führt, daß ganz  
bestimmte Abfälle zu Wirtschaftsgütern deklariert werden. Das  
muß überlegt werden, ob eine solche gesetzliche Regelung nicht dazu  
führt, daß an einer anderen Stelle ein nicht mehr so bewältigtes  
technisches und sicherheitsmäßiges Problem entsteht.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder  
die Forderung nach Recycling und der Verwas-  
nung der Sonderabfälle als dem sonstigen Abfall und deren über-  
führung als Sekundärrohstoff in den Rohstoffkreislauf erhoben. Ich  
glaube, daß wir dieses Ziel auf der einen Seite sicherlich ver-  
folgen müssen, daß es auf der anderen Seite aber nicht so ist,  
wie es uns von den Grünen in den Ausschlußberichten manchmal  
vorgegaukelt wird, "man müsse das nur energisch genug betrei-  
ben, dann gebe es keine Sonderabfälle mehr". Das  
kann nicht unsere Richtung sein. Ich glaube, daß dies eine  
Fata Morgana ist.

(Luruf von den Grünen: Man muß aber einmal damit  
anfangen!)

Drittens. Bei der Frage der Kontrolle der Einlagerung vertre-  
ten wir sehr dezidiert die Auffassung, daß in den Deponien selber  
in bezug auf die Überwachung einiges zu verbessern ist.

neu/M



Letztendlich gilt es allerdings auch die Frage zu klären, wer dieses Personal finanziert.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung in Richtung auf die Fraktion der Grünen. Wir haben mit besonderem Interesse die beiden letzten Sitzungen verfolgt, in denen insbesondere Sie, Frau Carbu, immer wieder die Kontrolle und die Überwachung in den Vordergrund gestellt haben. Uns hat sich der Eindruck aufgedrängt - ich will das hier im Plenum ansprechen -, daß es auf der einen Seite von Ihnen immer wieder bewußt die politische Projektion des Plutoniumstaates als des totalen Überwachungsstaates gibt, daß Sie ferner der Auffassung sind, die Volkszählung führe zu einer totalen Überwachung, zum "gläsernen Menschen", daß Sie aber andererseits in der Frage des Sonderabfalls eine totale Kontrolle verlangen, die mit Ihrer Haltung in den beiden anderen Punkten, die ich hier angesprochen habe, politisch nicht in Deckung zu bringen ist.

(Grübmeyer (CDU): So unausgegoren sind die nicht nur einmal! Das war typisch! - Zurufe von den Grünen.)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einige Anmerkungen zu der Frage machen, ob einer privatwirtschaftlichen oder einer staatlichen Lösung der Vorzug zu geben ist. Ich habe bereits im Ausschuß angesprochen, daß wir vielleicht Anlaß haben, hinsichtlich der toxischen Stoffe zu gewissen Regelungen zu kommen. Im Übrigen sind wir der Meinung, daß eine Verstaatlichung nicht die Lösung des Problems ist. Dabei will ich darauf hinweisen, daß selbst diejenigen, die möglicherweise die Verstaatlichung fordern, an anderer Stelle sagen, die Verstaatlichung wäre nicht die richtige Lösung, weil dann die Planung, die Durchführung und die Kontrolle der Giftmüllagerung in einer Hand lägen. Dies spricht in einem ganz erheblichen Maße auch dafür, diese Aufgabe nicht den Landkreisen zu nehmen, weil sie eine zusätzliche, auch auf die Örtlichkeit bezogene Kontrollinstanz mit einer anderen Interessenlage als das Land darstellen; dies ist kein Vorwurf an irgend jemanden, der beim Land tätig ist.

(Dehn (SPD): Wie ist denn die Interessenlage des Betreibers?)

Wir sollten also in der Frage einer Aufgabenverlagerung von den Landkreisen weg bei der gegenwärtigen Lösung bleiben. Dies bedeutet nicht, daß wir den Landkreisen die Wahrnehmung der Aufgaben nicht in der von mir angesprochenen Art und Weise erleichtern sollten.

Gro

Ich möchte zu der Frage der Altlasten zwei Anmerkungen machen, die sich etwa mit dem decken, was meine Vorgesetzte schon gesagt haben. Sobald sich nach den Gutachten, die im Auftrag gegeben worden sind, bzw. bei der Überwachung herausstellen sollte, daß die Altanlagen in Munchshagen aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu halten sind, ist zum einen natürlich eine Auskoffnung notwendig. Zum anderen muß man in dieser Fragestellung überlegen, ob für solche Fälle, die generell nicht vorhersehbar sind, nicht vom Betreiber die Bildung einer Behörde verlangt werden sollte, weil letzten Endes nicht der Staat (für den Betreiber fehlende Mittel anzukommen kann, im weiteren Verlauf) sich dieser Verschlag verwirklichen läßt, sondern ich im Augenblick nicht zu beurteilen.

Wir haben uns im Ausschuß bereits dazugehend verabschiedet - hierbei liegen wir in der Sache nicht spezialisiert -, daß die dankenswerterweise angelaufenen Untersuchungen zur Auffindung weiterer Standorte beschleunigt werden können. Ich glaube, daß die notwendigen Untersuchungen gemacht werden sollten. Nach dem, was im Ausschuß berichtet wurde, ist allerdings die Frage, ob das kapazitätswäßig überhaupt zu bewältigen ist. Es hat keinen Zweck, daß wir mehr Geld in den Haushalt einsetzen, wenn letzten Endes die Untersuchungskapazitäten dafür aus personellen oder anderen Gründen nicht ausreichen.

Herr Bartels, Sie haben gesagt, man dürfe die Deponien an den alten Standorten Hoheneggelsen und Munchshagen deshalb nicht erweitern, weil sie unter anderem Recht genehmigt worden seien. Sie haben aber nicht ausgeschlossen, daß bei einer Erweiterung die höheren neuen Anforderungen letzten Endes erfüllt werden.

Gro



Insofern kann ich nur sagen, daß sich die Erweiterungsmöglichkeiten in Hoheneggelsen und Münchehagen doch nicht nach dem bestimmen, was bisher gewesen ist, sondern sie bestimmen sich nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik und dem, was erforderlich ist, um Gefährdungen in der Zukunft auszuschließen.

Ich will mich nun noch in drei Bemerkungen zu dem Untersuchungsausschuß äußern. Erstens. Eine Veranlassung für die SPD, einen Untersuchungsausschuß zu fordern, kann es doch nur geben, wenn sie behaupten könnte, die Landesregierung hätte ihr die notwendigen Informationen zur Aufklärung der hier angesprochenen Sachverhalte vorenthalten. Ich kann dazu nur ganz deutlich sagen, daß die Fragen, die Sie hier gestellt und die Sie auch als Beleg für die Notwendigkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angeführt haben, alles Fragen sind, die wir im Rahmen der normalen Arbeit im Umweltausschuß bewältigen können.

(Bartels (SPD): Nein!)

Zweitens. In Ihrer Presseerklärung vom 23. April erwecken Sie den Eindruck, als ob Sie genau wüßten, wie man das alles machen müsse, damit das besser werde. Das jedenfalls verkünden Sie der Öffentlichkeit. Hier erklären Sie aber, man müßte noch eine ganze Menge Fragen stellen, um zu einem richtigen Konzept zu kommen. Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, uns einmal zu erklären, was nun eigentlich stimmt. Haben Sie ein Konzept, oder haben Sie Fragen?

Drittens. Sie haben zu der Regierungserklärung von Herrn Dr. Albrecht gemeint ausführen zu müssen, es reiche nicht aus zu wissen, was in die Fässer hineinkomme, sondern wir müßten auch wissen, was ankomme.

(Bartels (SPD): Richtig!)

Mir würde es reichen, wenn am Entstehungsort des Abfalls nach der Einlagerung in die Fässer eine Plombe an den Fässern angebracht wird, die man kontrollieren kann, so daß man weiß, daß bis zur Ablieferung eine Manipulation nicht mehr möglich ist. Sie wissen genauso gut wie ich, daß es so etwas im Zusammenhang mit der Verfüllung leicht radioaktiver und mittel radioaktiver Abfälle auf Fässer gibt.

(Hoch (SPD): Das reicht doch nicht aus, Herr Kollege!)

Eine solche Form der Kontrolle ist durchaus möglich. So und nicht anders ist - jedenfalls aus meiner Sicht - die Anregung in der Regierungserklärung gemeint gewesen.

Sie meinten schließlich, uns auffordern zu müssen - das Haus und die Landesregierung -, offen und ohne ideologische Scheuklappen an die Lösung der Sondermüllprobleme in Niedersachsen

heranzugehen.

(Dehn (SPD): Ausgezeichnet!)

Ich kann dazu nur sagen: Wer hat denn eigentlich, bezogen auf Versäumlung, ideologische Scheuklappen? Sie werden bei uns die politische Grenze für ein Mitmachen allezeit als dort finden, wo die Lösung, die Sie uns anbieten, in keinem Verhältnis zum Problem steht. Eine andere Grenze gibt es gar nicht. Vielleicht legen Sie Ihre Scheuklappen ab, damit wir besser miteinander reden können.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf folgendes hinweisen: Es ist jetzt 17.48 Uhr. Mir liegen im Augenblick noch vier oder fünf Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Das Parlament hat heute morgen den Vorschlag des Ältestenrates akzeptiert, die heutige Sitzung gegen 19.00 Uhr oder kurz danach zu beenden. Ich bitte die Fraktionsführungen zu prüfen, wie wir angesichts dieser Tatsache mit der noch für heute vorgesehenen Behandlung der Aktuellen Stunde zum Thema "Großfeuerungsanlagenverordnung" und der drei zu diesem Thema vorliegenden Anträge zu Rande kommen wollen. Ich sehe mich als amtierender Präsident außerstande, Ihnen jetzt einen Vorschlag zu machen. Die Regelung müßte von den Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen werden.

Ich rufe nun zur Fortsetzung dieser Debatte den Abgeordneten Mombaur auf. Bitte sehr!

Mombaur (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte folgendes vorausschicken: Es ist doch wohl klar, daß in Seveso eine Umweltkatastrophe stattgefunden hat und daß wir genau wissen, daß mindestens zwei, wenn nicht drei Firmen versucht haben, das Gift in etlichen Fässern verpackt von dort abzutransportieren und irgendwo zu lagern. Dies bezeichne ich bereits als eine erste wirklich kriminelle Tat.

(Beifall bei den Grünen.)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie - was ich richtig finde - sagen, man könne jetzt nicht mehr groß nachfragen, wo das jetzt sei und wie wir daran kommen könnten, dann ist aber eines vollkommen klar: Wenn solche großen Firmen mit dem Gift so kriminell vorgehen, und wenn das, wie geschehen, in drei Tagen durchzuführen ist, dann heißt das für uns, daß wir alle Deponien in Niedersachsen untersuchen müssen, und die Rechnungen bekommen diese drei Firmen, damit sie endlich wissen, wo es langgeht.



(Beifall bei den Grünen. - Jahn (CDU): So einfach ist das!)

- Jawohl, so einfach ist das! Mit den Firmen kann man auch anders umgehen, als Sie das normalerweise tun.

(Grübmeyer (CDU): Den Prozeß gewinnen Sie! - Zuruf von Grill (CDU).)

- Auf jeden Fall würde ich an Ihrer Stelle einmal darüber nachdenken!

(Grübmeyer (CDU): Also juristisch ist das also klar? - Glocke des Präsidenten.)

- Ja, jede Firma hat die Möglichkeit, alles juristisch abzubügeln, zu machen, was sie will, und auch in Zukunft so kriminell wie bisher einzulagern, und keiner kann etwas dagegen tun.

(Grübmeyer (CDU): Davon haben wir nicht gesprochen!)

--- Dann müssen wir es hier ändern; das ist unsere Aufgabe.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Uns ist es ähnlich wie den anderen Fraktionen gegangen. Auch wir haben in der Fraktion etliche Hinweise, Diskussionsbeiträge und Anregungen bekommen, ach du meine Güte, das ist so gefährlich, das könnte da oder dort sein. - Ich will einmal zwei Hinweise davon nennen. Einer kam von einem Taxifahrer, der ist inzwischen genannt worden; das ist offiziell bekannt. Ein weiterer Hinweis stammt von einem Bediensteten aus dem öffentlichen Dienst. Es war ein Beamter - d. h. er ist immer noch Beamter -, der uns zu einem Zeitpunkt, als wir nicht wissen konnten, daß Hoheneggelsen oder die Umgebung von Salzgitter in Betracht kommen könnte - da waren wir noch nicht drauf gekommen, das muß ich ganz ehrlich sagen; wir waren auch sehr erstaunt darüber -, gesagt hat, da sei eine heiße Spur, und er hat versucht, das näher auszuführen.

Ich persönlich habe zunächst einmal, auch weil ich mit der Sache nicht direkt befaßt war, gesagt: Mensch, dann müßte man das eigentlich einmal untersuchen, zumindest müßte man es veröffentlichen oder weitergeben. Ich muß dazu sagen: Am 4. März ist bereits im Hessischen Rundfunk offiziell in einer Sendung gesagt worden: Ja, es drängt sich so etwas der Verdacht auf, daß es möglicherweise, wenn schon in Deutschland, in Hoheneggelsen liegen könnte. In der Rundfunksendung wurde das gesagt, weil die ja Erfahrungen mit Dioxin haben.

(Jahn (CDU): Das hat der Beamte gehört?)

- Das weiß ich nicht.

Die Frage ist: Warum wurde niemals auch nur der Versuch gemacht, die Deponie in Hoheneggelsen zu untersuchen? Wenn das wirklich

so wichtig ist, warum tut man es dann nicht?

(Beifall bei den Grünen.)

Erst anhand einer Lagerkizze wurde die andere Deponie dann untersucht. Was ist als Ergebnis herausgekommen? Der Mann, der die Information als Lagermitarbeiter gegeben hat - das stand gestern in der Zeitung -, bangt inzwischen um seinen Arbeitsplatz. Er kriegt ein Verfahren an den Hals. Wollen Sie angesichts solcher Tatsachen mit gutem Gewissen in diesem Lande noch irgendeinen Menschen nennen? Das müssen Sie mir erst einmal vormachen!

(Beifall bei den Grünen. - Grübmeyer (CDU): Haben Sie an die Treuepflicht der Beamten gedacht?)

- Eben, es gibt mehrere Betrachtungswinkel, denn Sie ja beige sind, den Großen die Sache in die Schuhe zu schieben, denn machen die es auch nicht bei den Kleinen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen. - Oh, uht bei der CDU. - Zuruf von Grübmeyer (CDU). - Barth (CDU): So offenbaren sich die Grünen!)

#### Vizepräsident Kreibohm:

Herr Abgeordneter Scheibe, ich rufe jetzt Sie als nächsten Redner auf.

#### Scheibe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es gestern sehr begrüßt, daß sich der Herr Ministerpräsident entschlossen hat, zu dem Thema Sondermüllbeseitigung, zu der Diskussion und zu der Auseinandersetzung um die Vorgänge in MÜNCHENHAGEN eine Regierungserklärung abzugeben. Wir haben es begrüßt, weil sich die Öffentlichkeit in den vergangenen Tagen sehr intensiv mit diesen Problemen auseinandersetzen hatte - die Berichterstattung war sehr umfangreich -, weil die Bevölkerung im Raum Loccum/MÜNCHENHAGEN über die weitere Entwicklung sehr unsicher geworden war und weil dort Angst ausgebrochen ist. Da das in unserem Lande ist und der Landtag zusammengetreten ist, hielt ich es für zwingend notwendig, daß wir uns mit diesem Thema nicht nur in Form von paar Fragen befassen. Ich finde allerdings auch, daß wir nicht unbedingt Ausschüßberatungen im Plenum durchführen müssen.

Lassen Sie mich aber auf einige der wesentlichen Punkte noch einmal eingehen, die in der Regierungserklärung angesprochen worden sind und mit denen ich mich in den letzten Tagen als einer der dort zuständigen Abgeordneten zu beschäftigen hatte. In der Regierungserklärung hat der Herr Ministerpräsident versucht, den Eindruck zu erwecken - ich will einräumen, in einer solchen Situation würde das jeder andere Ministerpräsident auch machen -,

Mie/W



als habe die Landesregierung hinsichtlich der Gerüchte um die Lagerung der Fässer aus Seveso in Münchehagen und Hoheneggelsen immer sofort, sorgfältig und unverzüglich alle notwendigen Schritte eingeleitet. Die Wahrheit ist demgegenüber nach meiner Auffassung, daß es hier doch einige Unzulänglichkeiten gegeben hat. Auch wenn es niemandem nützt und wenn glücklicherweise aufgrund des aktuellen Problems "Giftmüllablagerung aus Seveso" Gefährdungen zur Zeit noch nicht sichtbar geworden sind, glaube ich, man sollte jetzt nicht so darüber hinweggehen, als hätte es in der Bürokratie nicht auch deutliche Pannen gegeben.

Mie/W

Wenn man so tut, als hätte es sie nicht gegeben, dann tut man auch nichts dazu, um sie in Zukunft auszuschließen und abzustellen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn bei der Landesregierung oder beim Umweltbeauftragten oder an welcher Stelle auch immer am 14. eines Monats ein Brief eingeht und erst vier Tage später eine Initiative ergriffen wird, dann ist das doch schon ein Akt der Schlamperei, wie das in der Presse völlig zu Recht bezeichnet worden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Wie kann es dann zu so etwas kommen? Wir können uns meiner Meinung nach nicht damit helfen, daß wir darauf hinweisen, möglicherweise habe irgendwo ein Beamter gegessen, der das nicht so ganz übersehen habe oder gemeint habe, es reiche aus, wenn man den normalen Dienstweg einhalte. Ich glaube, daß in dieser Frage von den politisch Verantwortlichen auch eine politische Atmosphäre geschaffen worden ist, die zu diesen Reaktionen geführt hat. Noch am 20. April - also sogar noch nach Eingang dieses Briefes - ist eine Erklärung abgegeben worden, in der es hieß, daß keine Spur nach Niedersachsen führe.

(Janßen (CDU): Haben Sie denn eine?)

Ich möchte hier noch einmal folgendes sagen: Ich habe den Eindruck, allen ist bekannt, daß die Spuren an der Grenze zwischen Italien und Frankreich in Ventemilia verlorengegangen sind. Die Spuren führten also nirgendwo hin, also auch nicht nach Niedersachsen. Es ist eine unzulässige Beschwichtigung des gesamten Vorgangs, wenn man solche öffentlichen Erklärungen abgibt,

(Beifall bei der SPD)

und das auch noch zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits Hinweise vorgelegen haben, die jedenfalls die Staatsanwaltschaft für glaubwürdig gehalten hat, auch wenn sich jetzt zeigt, daß diese Hinweise möglicherweise nicht zutreffen.

(Dehn (SPD): Das ist der Besserwisser der Landesregierung!)

Damit lassen Sie mich nun zum zweiten Punkt kommen, zu diesem "möglicherweise". Meine Damen und Herren, ich würde nicht vermuten, daß sich jemand, der 40 Fässer beiseiteschaffen will, ohne daß dies bekannt wird, entschließt, ausgerechnet zu einer Sondermülldeponie zu gehen, in der die Kontrollen

(Oestmann (CDU): Ziemlich gut sind!)

relativ streng geregelt sind. Es wäre jedenfalls überraschend, wenn sich dazu jemand entschlossen hätte. Ausschließen kann man es aber natürlich nicht.



- 397/400 -

Auch wenn es jetzt so aussieht, als könnten wir berechtigt sein; in dem Raum Rehburg/Loosum und in Münchehagen sind die Zweifel immer noch sehr groß. Weshalb der Staatsanwalt 36 Stunden nach dem Beginn der Untersuchungen angeordnet hat, die Deponie wieder zu öffnen, wird dort nicht verstanden.

Ich muß dazu auch sagen, daß der Ministerpräsident eine hinreichende, absolut zufriedenstellende Antwort nicht gegeben hat. Die Landesregierung hat immerhin vor Beginn der Untersuchungen darauf hingewiesen, daß sie schnell abgeschlossen sein könnten - in Klammern: wenn man gleich etwas findet -, sich aber auch über Wochen erstrecken könnten. Dann ist nach zwei Tagen auf einmal alles beendet. Jetzt werden natürlich wieder Fragen gestellt, und Zweifel kommen auf. Es ist nicht so einfach, gegen diese Zweifel anzugehen. Ich kann Ihnen versichern, daß das nicht einfach ist. Deshalb möchte ich hier diese Zweifel einfach einmal nennen und darauf hinweisen, daß sie bei der Bevölkerung und bei denen, die sich mit dieser Angelegenheit intensiv beschäftigen, vorhanden sind.

Ich möchte auch noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Mit Sonden ist nach Metallfässern gesucht worden. Wer gibt eigentlich die Garantieerklärung dafür ab, daß das Material aus Seveso in Metallfässern lagert?

(Oestmann (CDU): Genau das hat der Informant Joch getan, Herr Scheibel)

Was ist, wenn es anders untergebracht ist oder in der Zwischenzeit in anderen Behältern untergebracht worden ist? Können wir denn wirklich so sicher sein? Herr Oestmann, ich möchte uns nur davor bewahren, daß nach drei Tagen - am Donnerstag und am Freitag gab es große Aufregung -, nur weil die Staatsanwaltschaft gesagt hat, das sei erledigt, nun erneut gesagt wird, es führe keine Spur nach Niedersachsen, und erneut so getan wird, als sei dies abgeschlossen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun eine dritte Bemerkung - wieder unter Bezug auf das, was der Ministerpräsident gesagt hat -, und zwar konkret zur Führung der Deponie in Münchehagen. Ich bin dort oft genug gewesen, um selbst das Urteil abgeben zu können, daß diese Deponie so kontrolliert wird, daß nach menschlichem Ermessen so etwas eigentlich nicht passieren könnte. Aber es wird natürlich auch von den zuständigen Gremien sowohl das Landkreises als auch der anderen zuständigen Behörden kontrolliert, das einer der in dieser Frage sehr qualifizierten und sehr fachkundigen Bürger aus Loosum, H. Joch, macht hat, wenn er sagt, man könne diese Kontrollen aber überfordern. Nachdem er wissen, wie sich die Dinge im Bereich Loosum, dieses große Unternehmen, verhalten hat, müssen wir einfach unterstellen, daß es Menschen gibt, die es unter Kontrolle gibt, die Überlisten wollen, die illegal handeln.

(Beifall bei der SPD.)

Wir können nicht so tun, als hätten wir es nur mit guten Menschen zu tun, die die Vorschriften und Kontrollbestimmungen schon erfüllen werden, und wir nur an den Toren der Deponie richtig aufpassen müßten, dann klappte das schon alles. Das wäre eine zu leichtfertige und zu naive Haltung.

Vierter Punkt; ein Wort zu den Landkreisen. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, die Landkreise wollten möglicherweise dem politischen Druck ausweichen. - Ich halte das für eine Unterstellung.

(Oestmann (CDU): Das ist aber legitim!)

- Es ist gleichgültig, ob das legitim ist; selbst wenn es legitim wäre, hielte ich es für eine Unterstellung. - Zumindest der Landkreis Nienburg hat sich dazu eindeutig geäußert. Er hat nicht gesagt, ihm sei es zu un bequem und er gerate unter einen Druck, den er nicht aushalten könne, sondern er hat ganz eindeutig gesagt, er sei als Behörde überfordert. - Wo gibt es denn das, daß eine Instanz einmal eine Aufgabe übertragen bekommen hat und sagt, sie wolle diese Aufgabe nicht wahrnehmen, sie sei damit überfordert und meine, diese solle an anderer Stelle wahrgenommen werden, und angesichts dessen so getan wird, als müßten wir schon heute darauf eine fertige Antwort haben und sagen, dafür gebe es gute Gründe und das bleibe auch so? Ich halte das nicht für richtig. Ich denke, wir haben in Niedersachsen nach dem letzten Wochenende und den Tagen davor genug Anlaß, hier gemeinsam festzustellen, daß wir das Thema Sondermüll auf die Tagesordnung gesetzt haben und für neue Lösungen offen sind, statt es drei Tage nach einem spektakulären Ereignis wieder zu den Akten zu legen und zu sagen: Es ist alles schon recht gut geordnet gewesen. Ich möchte daher nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen.

(Beifall bei der SPD.)

01



Fünftens, Zum Untersuchungsausschuß - von dem Herr Grill gesagt hat, er wisse gar nicht, was der eigentlich solle - haben sich einige Redner geäußert. Lassen Sie mich noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Wenn Ihr Arbeitskreis oder unser Arbeitskreis oder wenn wir als einzelne unseren Besuch bei einer solchen Deponie ansagen, dann findet sich immer eine große Gruppe von Beamten zusammen aus den verschiedenen Behörden, die damit befaßt sind, und wir bekommen dann hochoffizielle Auskünfte. Ich will ja nicht bezweifeln, daß da die Wahrheit gesagt wird. Aber ob man wirklich alle Hinweise bekommt, ob wirklich offen alles gesagt wird, wenn man solche Besuche macht, da mache ich doch mein Fragezeichen.

Ich finde, wir sollten die Gelegenheit nutzen, in aller Gründlichkeit und Ausführlichkeit zu untersuchen, wie die Praxis der Kontrolle zur Zeit ist, wo dort entweder ohnehin Mängel vorhanden sind oder wo sich Mängel einschleichen können, weil die Bestimmungen nicht ausreichen oder weil die konkrete Durchführung nicht ausreichend ist.

Ich glaube, der Landtag leistet dadurch einen wichtigen Beitrag dazu, auf diesem Gebiet Aufklärung zu betreiben und zu erreichen, daß die Menschen dort nicht mehr so große Sorge haben und daß die Verunsicherung, von der der Ministerpräsident gesprochen hat, abgebaut wird. Deswegen sollten wir uns dem stellen und nicht mit Feinessen versuchen, an diesem Untersuchungsausschuß vorbeizukommen. Ich darf sagen: Wenn Sie es versuchen sollten, wird es Ihnen nicht gelingen. Wir können ihn glücklicherweise auch allein beantragen.

(Fischer (Göttingen) (CDU): Schlauberger!)

01

Es ist natürlich eine Genugtuung für eine Fraktion, die seit sechs bis sieben Jahren in der Opposition ist, wenn sie, nachdem sie bei jedem Antrag - aber auch bei jedem Antrag! - von der Mehrheit untergepöbelt worden ist, auch wenn sie gute Argumente hatte, dann doch einmal an einem Punkt anlangt, an dem die die Regierung tragende Fraktion einmal nicht von ihrer Mehrheit Gebrauch machen und sich wieder durchsetzen kann. Lassen Sie uns doch diese Freude!

(Dr. Blanke (CDU): Das heißt aber nicht, daß das Argument gut ist, Herr Scheibe! - Heiterkeit bei der CDU. -  
Bartels (SPD): Aber es ist überzogen, Herr Blanke, nicht wahr?)

Lassen Sie mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur eine kurze Bemerkung zu Münchenhagen machen, und zwar zu der Situation, die sich unabhängig von der Suche nach den Fässern aus Seveso eingestellt hat. Ich verweise noch einmal auf das, was der Kollege Bartels bereits angesprochen hat: Es ist jetzt ein Gutachten bekanntgeworden, das gestern abend von den Professoren Heitfeld und Dr. Krapp vorgestellt worden ist. In diesem Gutachten wird festgestellt, daß die Tonschicht, die Ton-Gesteine-Schicht, wie es jetzt heißt, nicht die notwendige Dichte aufweise. Es heißt in dem Gutachten ausdrücklich: Erst bei einer 1000 mal geringeren Durchlässigkeit könne man von einer dichten Schicht sprechen.

Ich glaube, auch das sollte man sehr ernst nehmen. Natürlich gibt es zu allen Problem Gutachten verschiedenster Art. Aber an der Seriosität dieser Gutachter sind Zweifel nicht erlaubt.

(Zuruf von der CDU: Wieso nicht?)

Ich bin der Auffassung, daß die Landesregierung angesichts der aktuellen Auseinandersetzung, die ja vor Ort in Münchenhagen auch heute noch geführt wird, auch nachdem die Staatsanwaltschaft schon vor drei Tagen gesagt hat, da sei nichts, und aufgrund der Situation und der Unsicherheit, die dort herrscht, und aufgrund des Gutachtens sagen sollte: Entweder wird diese Deponie vorübergehend ganz geschlossen, oder der Katalog der einzulagernden Stoffe wird ganz gründlich überprüft, so daß ausgeschlossen werden kann, daß dort überhaupt giftige Stoffe gelagert werden, bis die Frage der Dichtigkeit der Tonschicht hinreichend geklärt ist, also das Gutachten vorgelegt und überprüft worden ist.

Chr



Obwohl es bereits schon andere Redner gesagt haben, lassen Sie mich noch eine siebente Bemerkung machen. Ich habe in der Sitzung des Ausschusses am Freitag, als das Thema Hoheneggelsen besprochen worden ist, annähernd so etwas wie Beklemmungen bekommen. Ich werde selten eine andere Oppositionsfraktion von dieser Stelle aus kritisieren, aber an diesem Punkt kann ich nicht daran vorbei. Da gibt eine Fraktion eine Erklärung ab, sie habe Informationen, und dann sitzt eine Vertreterin dieser Fraktion im Ausschuß, und es stellt sich heraus, daß sie entweder nichts sagen will oder überhaupt keine Informationen hat.

(Frau Schuran (Grüne): Den Informanten wollte sie nicht nennen!)

- Sie hat auch in der Sache nichts gesagt! Ich habe die Vertreterin Ihrer Fraktion aufgefordert, doch wenigstens zuzusichern, daß Sie bereit seien, die Ihnen jetzt vorliegenden Informationen oder die Ihnen noch zugehenden Informationen der Landesregierung zuzuleiten. Ich habe hinzugefügt, dann sei die Frage des Informanten eine zweitrangige Frage. Nicht einmal dazu hat sich die Vertreterin Ihrer Fraktion bereiterklärt. Ich glaube, das war sicherlich nicht nur dumm, sondern das war verantwortungslos, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP.)

Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung hinzufügen. Ich habe Ende der 60er Jahre studiert. Sie können sich vorstellen, wie die Diskussionen vor Wahlen über die Frage verlaufen, ob wir noch SPD oder Grüne wählen sollten. Ich habe jetzt ein schönes und konkretes Beispiel dafür, und werde damit den einen oder anderen mehr davon überzeugen, daß man eine solche verantwortungslose Politik nicht unterstützen kann. Das meine ich sehr ernst, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP.)

Vorletzter Punkt. Es gibt, seitdem der Staatsanwalt die Wiedereröffnung der Deponie in Mönchshagen zugelassen hat, die Spekulation - sie tauchte noch am selben Tage in den Meldungen auf -, daß gegen den Zeugen, dem zunächst Anonymität zugesichert worden war, der dann aber auch namentlich bekannt geworden ist, nunmehr ermittelt werden könnte. Ich habe dazu eine Frage an den Herrn Ministerpräsidenten, bezogen auf die Regierungserklärung. Mir ist nicht ganz klar geworden, inwieweit man da unterstellt, es könnte möglicherweise verständlich sein, daß Herr Wette zu solchen Aussagen gekommen ist, auch wenn der Zeitpunkt nicht zutreffen sollte. Da heißt es nämlich, der Lebrant habe in seiner verantwortlichen Vernehmung die Angaben des Zeugen in nahezu allen Angaben bestätigt. Dann wird darauf verwiesen, daß nur der Zeitpunkt anders sei. Wenn das alles bestätigt worden ist, dann ist doch die Aussage, die Sie hier getroffen haben, ein Hinweis darauf, daß sich der Zeuge offenbar nicht alles aus den Fingern gesogen hat. Dann wäre es an sich ganz hilfreich, wenn auch an dieser Stelle klargestellt werden würde, daß nicht beabsichtigt ist, Ermittlungen einzuleiten, nachdem dem Zeugen vorher sogar die Wahrung der Anonymität zugesichert worden ist. Ich halte es für eine Pflicht, daß auch von Seiten der Landesregierung dazu etwas gesagt wird.

(Beifall bei der SPD.)

Sie alle werden sich vorstellen können, wie sich dieser Mann, der ja offenbar gutgläubig immer noch davon ausgeht, daß die Information, die er hatte, zutreffend ist, jetzt fühlt.

(Mombaur (Grüne): Wie sieht es mit seiner Entlassung aus?)

Man sollte darüber hier nicht hinweggehen. Ich wäre dankbar, wenn entweder der zuständige Minister oder der Ministerpräsident dazu noch etwas sagen würde.

Schlußbemerkung. Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Umweltausschusses am vergangenen Freitag hat Herr Remmers im Rahmen einer kurzen Aussprache über die Frage der staatlichen Kontrollmöglichkeiten und der privaten bzw. der staatlichen Trägerschaft darauf hingewiesen, daß es sich bei der Sondermüllbeseitigung um einen sehr sensiblen Bereich handele und daß man doch auch erwägen müsse, inwieweit in Zukunft der Staat da näher herangezogen werden müsse. So hat er es sinngemäß gesagt, weil er sich sicherlich weitergehend nicht festlegen wollte. Ich glaube, das war am Freitag ein Indiz dafür, meine Damen und Herren, daß wirklich nachgedacht wird, daß man auch bereit ist,



Änderungen vorzunehmen, und daß wir gemeinsam weiter darüber sprechen wollen, wie es der Herr Ministerpräsident in seinem Schlußsatz gesagt hat. Dann sollten wir aber bitte auch nicht so tun, als sei da schon alles in Ordnung. Davon sind wir weit entfernt.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen die Reihenfolge der Rede für die Fortsetzung der Debatte an. Nach Ihnen, Frau Abgeordnete Garbe, hat zunächst der Abgeordnete Rau und dann Herr Dr. Lippelt das Wort. Schließlich liegt mir noch die Wortmeldung des Herrn Ministerpräsidenten vor. - Bitte, Frau Abgeordnete Garbe!

(Fischer (Göttingen) (EDU): Mal sehen, ob das neue Erkenntnisse bringt!)

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Kollege Scheibe, wir wollen den Spieß mal umdrehen: Wer in den letzten Jahren verantwortungslose Politik gemacht und mitgetragen hat, beweist die toxische Gesamtsituation, in der wir uns befinden, und hat die Grünen erst entstehen lassen. Das sollten Sie nicht vergessen!

(Beifall bei den Grünen.)

Es gab auch eine Zeit, in der im Zusammenhang mit Wahlen die Angst vor den Grünen mit dem Hinweis geschürt wurde, die Regierung könnte dadurch regierungsunfähig werden.

(Zuruf von Dehn (SPD).)

An dem Beispiel der verschwundenen 41 Giftfässer wurde klar, von wem die Gefahr für eine solche Möglichkeit ausgeht. Die kriminellen Machenschaften der Konzerne, der skandalöse Geheimhaltungsvertrag zwischen Hoffmann La Roche, Mannesmann Italiana und Spelidec, haben die Regierungen total handlungsunfähig gemacht.

(Beifall bei den Grünen.)

Es ist eine traurige Tatsache, daß Teile der Wirtschaft, wenn sie genug Einfluß und Macht haben, diktieren, wo es langgeht.

ALL

Das Gift, das Seveso vergiftete, mit dem die Amerikaner in Vietnam die Dschungelwälder entlaubt haben, wird durch die Gegend gefahren und irgendwo illegal abgelagert. - Nur so könnte es gewesen sein, denn auf legalen Wege seien die Bestimmungen so streng, daß das nicht passieren könne, sagt die Landesregierung.

Die Bürgerinitiativen, die sich schon lange mit den Problemen der Sondermüllbeseitigung befassen, hoffen, daß die Müllproblematik nun endlich in Gänze durchdacht wird und daß die von ihnen aufgestellten Forderungen Anwendung finden. Die Mitglieder der Bürgerinitiative in Münchenhausen weisen schon lange darauf hin, und Tatsachen - wir hatten vor heute einige Tage - von drei verschiedenen Richtungen bestätigt: Die Sanierungsarbeiten in Münchenhausen ist undicht! Hoffentlich sind die Probleme in der Stadt jetzt nicht da, was die Sanierungsarbeiten.

Nach der Prozessspiegel von heute zeigt, daß die Politik auch dort notwenig sehr aufgeregt ist. Der Kernpunkt ist die Zahl Erdbeben, weil die 19 Uranerzabbauwerke im Landkreis Hoheneggelsen aufgegeben haben.

Ein politisches Zeichen, das die Menschen jetzt vielleicht wieder vertrauensbereiter machen könnte, Herr Ministerpräsident, wäre, in Münchenhausen und Hoheneggelsen gemäß unserem Antrag die Anträge auf Deponieerweiterung auszusetzen.

Ein Befassen mit der Lagerung von Giftmüll muß jeden Menschen, der ehrlich alle Fakten bedenkt, klarmachen, daß es nicht angeht, eine Eiterbeule nach der anderen in die Landschaft zu setzen.

(Hoch (SPD): Darum geht es auch nicht!)

Kein Mensch will diese Dioxinabfälle, haben wir gehört. Deshalb fordern die Grünen: In Landes- und Bundeshaushalten sind, Herr Kollege Grill, ausreichend Mittel für Forschung zum Recycling von Giftstoffen bereitzustellen, und es sind Industrieverfahren zu entwickeln, die Sonder- und Giftmüll gar nicht erst entstehen lassen.

(Beifall bei den Grünen.)

Es ist sicherzustellen, daß vom Erzeuger ein Produktions- und Entsorgungsnachweis lückenlos aufgestellt wird. Dabei ist der Nachweis über die chemische Umwandlung der Giftstoffe in nicht umweltbelastende Produkte zu führen.

Ga/M



Wir werden die Regelungen prüfen, die Sie, Herr Ministerpräsident, aufgeführt haben. Wir werden prüfen, ob sie überhaupt greifen, ob sie ausreichend sind, um endlich eine Verbesserung auf diesem Gebiet zu erreichen.

Herr Kollege Grill, es stimmt: Wir wollen nicht den "gläsernen Menschen", wir wollen natürlich nicht den Plutoniumstaat, und auf die scharfen Kontrollen der Gift- und Sondermülldeponien könnten wir dann verzichten, wenn die Forderungen nach Reduzierung und endlich gänzlichen Verzicht auf die Produktion, die dioxinhaltige Abfälle schafft, verwirklicht werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir sollten uns in der Tat nicht in Sicherheit wiegen, meine Herren und Damen. Es ist noch nicht bekannt, wo diese Fässer geblieben sind. Die Staatsanwaltschaft von Hildesheim sucht weiterhin die Fässer von Seveso.

(Beifall bei den Grünen. - Dr. Blanke (CDU): Helfen Sie ihr dabei! - Fischer (Göttingen) (CDU): Wenn man nicht weiß, wo sie sind, ist das den Grünen nützlicher!)

#### Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile nun das Wort dem Herrn Abgeordneten Rau.

#### Rau (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, eine von Ihnen mit Stolz vorgetragene Bemerkung hat mich veranlaßt, mich zum Wort zu melden. Ich selbst hatte viele Jahre Gelegenheit, mich mit den Problemen des Mülls zu beschäftigen, und dabei habe ich sicherlich auch dazu beigetragen, daß wir in Teilbereichen weniger Sorgen haben, als wir haben könnten.

Ich möchte meinen Ausführungen vier Bemerkungen vorausschicken, von denen ich meine, daß sie von Ihnen inhaltlich geteilt werden. So unweigerlich die Produktion von Milch und Rindfleisch verbunden ist mit der Produktion von Kuhdung, wird man auch davon ausgehen können, daß wir die Produktion von Sondermüll als Kuppelprodukt, als Neben- bzw. Abfallprodukt wohl nicht verbieten und verhindern können.

(Dr. Rohloff (Grüne): Da ist ein leichter Unterschied!)

Ga/M

- Herr Rohloff, wir können darüber mal sprechen. - Zweitens. Es gibt sicherlich ökonomische Grenzen der Beseitigung von Müll jeglicher Art. Wir erleben in allen Bereichen - in privaten Haushalten ebenso wie in Kleingärten und auch an anderen Stellen -, daß dort, wo die Müllbeseitigung zu teuer wird, der eine oder der andere Wege sucht, sich durch illegales Handeln von der hohen Belastung zu befreien.

(Zustimmung von Gehkopf (FDP).)

Ga/11



Ich meine also, wir könnten uns auch darüber verständigen, daß es bei der Beseitigung ökonomische Grenzen gibt, die man beachten muß.

Dritte Bemerkung. Sondermüll ist so speziell und häufig auch nur vereinzelt anzutreffen, daß er zur Beseitigung - gleich welcher Art - einer besonderen Behandlung bedarf und aus technischen und auch aus ökonomischen Gründen ganz sicherlich nicht allein regional beseitigt werden kann.

Daraus folgt viertens, daß es zur für Mensch und Umwelt gefahrlosen Beseitigung von Sondermüll Spezialanlagen bedarf, die eben nicht in einer Region und nicht nur in einem Lande, sondern an verschiedenen Stellen angesiedelt sein müssen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich glaube, Sie werden die in diesen vier Anmerkungen enthaltenen Auffassungen teilen können. Wenn das aber so ist, dann verstehe ich nicht, wie man stolz darauf sein kann, Importe nicht mehr zuzulassen und Exporte nicht mehr zu ermöglichen.

(Beifall bei der FDP. - Hirche (FDP): Absoluter Widersinn!)

Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Mir ist dabei nämlich eingefallen, daß der Seveso-Müll in den Jahren 1979 oder 1980 - ich kann das Datum nachliefern - niedersächsischen Deponien angeeignet worden ist, woraufhin die Landesregierung die Sondermülldeponien per Erlaß angewiesen hat, diesen Sondermüll nicht zu nehmen, wobei sie aber nicht der Versuchung unterlag, die Diskriminierung offen auszusprechen, sondern mit anderen Begriffen gearbeitet hat, die nicht unserem Sondermüllkatalog entsprachen. Das heißt, der Sondermüll hätte hier sein können, er hätte hier kontrolliert werden können. Damals ist gesagt worden: Wir wollen nicht die Mülldeponie Europas sein! Im Übrigen wollen wir - das war die interne Betrachtungsweise - unsere geologischen Möglichkeiten strecken!

Das war sicherlich eine ehrenwerte Überlegung,

(Zuruf von der SPD: Wann war denn das?)

aber das war gar nicht der Grund. Man wollte vielmehr die Diskussion um die Erweiterung der Deponien in Hoheneggelsen und Münchenhagen hinausschieben. Darüber hinaus wollte man, weil Herr Minister Glup in Sachsenhagen gesagt hat: "Hier nicht!", auch die Bestätigung dafür liefern, daß man ein Planfeststellungsverfahren in Sachsenhagen nicht zuließ. Das Planfeststellungsverfahren wurde deswegen nicht durchgeführt,

weil angeblich keine Notwendigkeit und kein Bedarf für eine neue Anlage bestand. In Wirklichkeit hat diese Notwendigkeit bestanden, wie das Beispiel Seveso-Müll zeigt.

(Beifall bei der FDP.)

Wenn das so ist, wie ich es dargestellt habe - man muß feststellen, daß andere dioxinhaltige Stoffe hier eingelagert worden sind -, dann stelle ich, Herr Ministerpräsident, natürlich die Frage, ob man nicht zukünftig - auch angesichts unserer Möglichkeiten im Lande - der Gefahr unterliegt, daß irgendwo etwas - wie Herr Scheibe gesagt hat - durch Überflutung oder illegal eingelagert wird, weil es niemand haben will, und daß man in ganz Europa danach suchen muß, ob man also nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus administrativen Gründen dafür sorgt, daß solche Stoffe in die Illegalität verschwinden und uns solche Sorgen bereiten, wie wir sie hier heute zu bewältigen haben.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Dr. Lippelt das Wort.

(Dr. Blenke (CDU): Der nennt nun endlich die Namen!)

Dr. Lippelt (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Grünen hat am Mittwoch einen Hinweis überbewertet. Sie hat diesen Hinweis - nachdem die Regierung am Donnerstag in eine andere Richtung tätig wurde - überprüft. Sie hat am Freitag in einer Presseerklärung darauf aufmerksam gemacht, daß sie den Hinweis vom Mittwoch in dieser Form nicht aufrechterhalten kann. Es bedurfte der Nachfrage der Staatsanwaltschaft am Montag überhaupt nicht; wir konnten ihr nichts anderes sagen als das, was wir am Freitag durch Presseerklärung öffentlich mitgeteilt hatten.

(Dehn (SPD): Sie benehmen sich wie eine schlecht funktionierende Bürokratie, Herr Lippelt! - Zurufe von der CDU.)



ich weise hierauf hin; denn ich finde es nicht richtig, daß uns eine erste Presseerklärung in dieser Weise um die Ohren gehauen wird, während von einer zweiten Presseerklärung nicht Kenntnis genommen wird. Wir haben dies innerhalb von zwei Tagen bewertet. Wenn Sie damit andere Zeiträume vergleichen - beispielsweise sechs Tage zur Behandlung eines Briefes, beispielsweise Jahre, um das auszufüllen, was in der Regierungserklärung aus dem Jahre 1978 hinsichtlich der Minimierung des Mülls gesagt wurde oder was Sie, Herr Minister, der BI einige Jahre zuvor hinsichtlich der Standortsuche nach vergleichbaren Kriterien geschrieben haben -, dann finde ich es nicht richtig, daß man uns hier wegen dieses Zeitraums solche Vorwürfe macht.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Ministerpräsident, jetzt haben Sie das Wort.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur noch einige kurze Bemerkungen zu Punkten machen, die im Laufe der Debatte auf gekommen sind. Ich glaube, es entspricht den Wünschen des Hohen Hauses, daß viele andere Probleme in aller Ruhe im Ausschuß - ganz gleich, ob im Untersuchungsausschuß, Herr Scheibe, oder in einem anderen Ausschuß - behandelt werden.

Die erste Bemerkung: Ich habe mehrfach gehört, daß ein Beamter der Landesregierung in einem Ausschuß gesagt haben soll - ich kann das im Augenblick nicht nachprüfen -, daß für gewisse Dinge kein Geld zur Verfügung stehe. Ich möchte hier ausdrücklich sagen: Was in Sachen Sicherheit nötig ist, muß immer finanziert werden. Wenn es im Haushaltsplan jetzt nicht veranschlagt ist, so kann es jederzeit in den Haushaltsplan eingestellt werden. Daran darf es nicht scheitern.

(Zustimmung von Döring (CDU).)

Zweitens. Herr Mombaur, auch nach der Erklärung von Herrn Dr. Lippelt - Herr Mombaur ist im Augenblick nicht da -

(Dr. Lippelt (Grüne): Doch, hier sitzt er!)

- sind Sie neuerdings Mombaur? -

(Heiterkeit)

spukt immer noch der ominöse Beamte herum. Ich hätte ganz gern gewußt, ob es diesen Beamten nun gibt oder nicht gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Gro

Wenn es diesen Beamten gibt, dann legen wir auch heute noch Wert darauf, daß uns gesagt wird, wer er ist, damit er uns unmittelbar die Informationen geben kann. Dies ist seine Pflicht der Rechtsordnung gegenüber, die er als Beamter vertritt. Dies ist aber auch seine Gewissenspflicht. Wenn dies von Bedeutung sein sollte, so will ich hier ausdrücklich unterstreichen: Ich gebe die Garantie dafür, daß ihm nicht der geringste berufliche Nachteil daraus entstehen kann.

(Beifall bei der FDP.)

Aber es ist völlig unerträglich, daß jemand vorgibt, etwas zu wissen, und uns dieses Wissen vorenthält mit Konsequenzen, die niemand genau übersehen kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Was den Informanten aus Mönchshagen angeht, so ist mir einiges zu Ohren gekommen; aber weil es vom Hörensagen kommt, möchte ich das in der Öffentlichkeit nicht verbreiten. Ich empfehle nur, Herr Scheibe - dazu haben Sie ja Gelegenheit -, daß Sie doch einmal versuchen, sich darüber zu informieren, wie das Verhältnis des Betreffenden zu seiner Firma auch vor dem Zeitpunkt, zu dem der Vorgang ins Rollen gekommen ist und er seine Informationen an den Arzt weitergegeben hat, gewesen ist.

Schließlich ist mir, Herr Scheibe, ein Punkt ganz wichtig. Sie haben mehrfach kritisiert, daß die Landesregierung gesagt hat, keine Spur führe nach Niedersachsen. Dies scheint mir auch heute noch eine klar umrissene Behauptung zu sein. Eine Spur ist etwas Feststellbares. Wenn wir sagen, es gebe keine Spur, so ist das eine Aussage, die wir verantworten können. Entweder haben wir eine Spur, oder wir haben keine Spur.

(Beifall bei der FDP.)

Etwas anderes wäre es, wenn wir gesagt hätten, es sei völlig ausgeschlossen, daß sich die giftigen Abfälle aus Seveso in Niedersachsen befänden; denn jeder von uns weiß, daß es sehr schwer zu beweisen ist, daß etwas nicht zutrifft. Um das beweisen zu können, muß man alle überhaupt nur denkbaren Möglichkeiten vorher geprüft haben. Da hätte es noch nicht einmal ausgereicht, wenn wir die Giftmülldeponien, die wir im Lande Niedersachsen haben, ausgekoffert hätten; dann müßten wir sämtliche Deponien untersuchen. Wer kann Ihnen eigentlich die Garantie geben, daß das Zeug nicht im Walde vor Ihrer Haustür vergraben liegt? Wer kann Ihnen die Garantie geben, daß das Zeug nicht - theoretisch - in Ihrem Garten in 1 m Tiefe vergraben liegt? Haben Sie Ihren Garten denn schon nach dem Gift aus Seveso durchsucht?

Gro



Nur dann können Sie verlässlich sagen: Ich weiß, daß dieses Zeug zumindest bei mir im Garten nicht ist. Wenn Sie dann Ihren Garten bis in eine Tiefe von einem Meter untersucht haben, wissen Sie immer noch nicht, ob es nicht in zwei oder drei Metern Tiefe vergraben ist. Ich sage das, um einmal deutlich zu machen, daß man die Nichtexistenz eines Phantoms sehr schwer beweisen kann. Deshalb können wir nur sagen: Wenn wir Spuren finden - wir versuchen ja Spuren zu finden; Sie merken das auch an dem, was ich zu diesem ominösen Beamten gesagt habe -, gehen wir dem selbstverständlich nach.

Schließlich eine letzte Bemerkung zum Kontrollverfahren: Ich würde nicht sagen, daß das nicht verbesserungsfähig sei, im Gegenteil, ich hoffe, daß es verbesserungsfähig ist und daß es den Behörden des Landes im Zusammenwirken mit den Petreibern, insbesondere aber auch mit dem Landtag, gelingt, noch Verbesserungen einzuführen. Das wäre dann auch der positive Sinn dieser Debatte.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bartels?

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Ja, bitte.

Bartels (SPD):

Herr Ministerpräsident, nachdem Sie eben dargestellt haben, daß die Aussage "keine Spur nach Niedersachsen" aus Ihrer Sicht gerechtfertigt sei, möchte ich Sie fragen, wie Sie die Aussage des Sprechers des Landwirtschaftsministeriums beurteilen, die ich eben in meiner Rede verlesen hatte und die ich jetzt gern noch einmal zitiere. Er hat gesagt, daß nicht einmal ein Teil der Seveso-Abfälle zu den Sondermülldeponien in Münchenhagen und Hoheneggelsen gebracht worden sein könnte.

(Minister Glup: Auf ordentliche Weise!)

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Der Landwirtschaftsminister sagt jetzt: auf ordentliche Weise. Das ist etwas anderes. Ich gebe Ihnen recht, Herr Bartels, das ist etwas anderes als die schlichte Feststellung, daß die überhaupt nicht dort hingebracht worden sein können. Natürlich können die dort hingebracht worden sein, genauso gut, wie sie überall anders, wo es Territorium gibt, hingebracht worden sein können.

Ich habe einen Punkt noch nicht aufgegriffen; das will ich gern noch nachholen. Sie hatten mich auch gefragt, was die Aussage in meiner Regierungserklärung bedeute, daß die Angaben des Zeugen von dem Laboranten bestätigt worden seien. Der Zeuge hat gesagt: Zu der und der Zeit sind Fässer in der und der Menge, etwa 40 an der Zahl, eingelagert worden. Und er hat hinzugefügt: Der Laborant hat mir erklärt - ich habe es jetzt nicht mehr genau im Kopf -, es könnte Dioxin sein. Dem sind wir nachgegangen. Wir haben mit dem Laboranten gesprochen. Richtig ist - das ist ja, wenn man die Position des Informanten innerhalb der Deponie kennt, auch leicht einzusehen -, daß der in dieser Zeit eine Sendung angekommen ist, etwa 40 Fässer. Aber der Laborant - das ist der entscheidende Punkt - bestritt auf das äußerste, daß er auch nur irgendwie zu erkennen gegeben hätte, daß darin Dioxin gelagert sein könnte. Dies ist der eigentliche Punkt. Daß eine Lieferung angekommen ist, ist richtig.

(Ravens (SPD): Nur, wo sind die dann, Herr Ministerpräsident?)

-Die haben wir nachgeprüft.

(Ravens (SPD): Ich frage jetzt aus Interesse: Sie haben doch die 41 Fässer nicht gefunden, oder?)

- Doch, ich glaube, das steht in der Regierungserklärung, Herr Ravens.

(Ravens (SPD): Drei haben Sie gefunden, oder die gesamte Sendung?)

- Ich müßte die Regierungserklärung wieder zur Hand nehmen. Einen Augenblick bitte, ich hole sie eben.

(Ministerpräsident Dr. Albrecht holt ein Exemplar der Regierungserklärung und sucht darin die entsprechende Passage. - Schwenke de Wall (CDU): Hier wird umfassend unterrichtet! - Ravens (SPD): Auf der Seite 6 sagen Sie dreii!)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich wünschte, das Haus wäre immer so ruhig wie in diesem Augenblick, in dem der Ministerpräsident etwas sucht.

(Hirche (FDP): Blätterstunde! - Ravens (SPD): Seite 6, vorletzter Absatz!)

Ein etwas ungewöhnliches Verfahren, aber wir akzeptieren das, damit wir mit diesem Punkt zu Ende kommen. - Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.



Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Wenn ich wieder den Lautsprecher haben darf, kann ich sagen: Herr Kollege Ravens, es ist offensichtlich so gewesen, daß dieser Informant, der uns seine Lageskizze gegeben hatte, zunächst einmal auf das Gebiet geführt worden ist. Er hat gesagt, hier ist es. Dort hat man nachgesucht und die drei Fässer gefunden. Man hat dann festgestellt, daß sie es nicht waren. Wegen der Möglichkeit, daß sich der Informant in der Lokalisierung etwas getäuscht haben könnte, hat man auch die Nachbarschaft untersucht usw. usf. Dann heißt es in der Tat auf Seite 8, daß sich ein Vorfall, wie ihn der Zeuge geschildert habe, im November ereignet haben könnte. "Es erfolgte eine Zweiflieferung von Sonderabfällen einer deutschen Firma, die mit Kalk verfestigte Kanal- und Grubenrückstände enthielt." Dies ist also das, was etwa der Beschreibung der Sendung entspricht.

(Ravens (SPD): November!)

- Ja, ja!

(Ravens (SPD): Sie sagten vorhin, Herr Ministerpräsident, daß zu der Zeit, die der Zeuge angegeben habe, auch etwa eine solche Anzahl von Fässern gekommen sei!)

- Es ist richtig. Ich glaube, das ist ein Irrtum. Eine Sendung, die dem entsprechen könnte, ist nicht im März, sondern im November gekommen. Das ist völlig richtig; ich bitte um Entschuldigung.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Die Debatte über die zweite Regierungserklärung ist damit abgeschlossen. Auf der Tagesordnung stehen jetzt noch die beiden Dringlichen Anfragen der Fraktionen der SPD und der FDP zum selben Thema. Ich frage, ob diese Dringlichen Anfragen aufrechterhalten oder zurückgezogen werden.

(Ravens (SPD): Zurückgezogen. - Hirche (FDP): Ebenfalls!)

Herr Ravens, Sie ziehen zurück, und Sie, Herr Hirche, ebenfalls. Vielen Dank, Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Die Fraktionen haben wissen lassen, daß sie sich wie folgt über das weitere Beratungsverfahren verständigt haben: Wir wollen jetzt zum Abschluß der Sitzung kommen und morgen die Beratungen um 9 Uhr fortsetzen mit der Aktuellen Stunde zum Thema Großfeuerungsanlagenverordnung und mit der Behandlung der dazu vorliegenden Anträge.

Mie/W

(Unruhe.)

- Wir sind noch nicht fertig, meine Damen und Herren! Ich habe noch einen Punkt, den ich erledigen möchte. - Im Anschluß an die eben genannten Tagesordnungspunkte wird das Thema Asylrecht behandelt werden. Ich glaube, daß dies notwendig ist, weil Minister Hasselmann am Nachmittag nicht mehr dabeisein kann. - Dieses Verfahren ist jetzt so akzeptiert.

Damit Antworten erteilt werden können, möchte ich noch über die Eingabenübersichten abstimmen lassen. Ich tue dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß es zu diesen Eingabenübersichten keinerlei Wortmeldungen gibt. Ich darf das Haus fragen, ob es damit einverstanden ist, wenn wir über die Eingabenübersichten jetzt noch abstimmen? Ich darf außerdem fragen, ob es möglich ist, das ohne Beratungen zu tun? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 7:

Übersichten über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs 10/1013 und Drs 10/1060

Wer den Beschlußempfehlungen in der Drucksache 1013 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. - Die Gegenprobe bitte! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist den Empfehlungen entsprochen.

Wir kommen dann zur Drucksache 1060. Wer dazu seine Zustimmung geben will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe bitte! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und bei einigen Stimmenthaltungen ist das angenommen, was die Ausschüsse vorgeschlagen haben.

Nunmehr sind wir für heute am Schluß der Beratungen. Ich weise noch einmal darauf hin, daß wir die Beratungen morgen früh um 9 Uhr beginnen werden mit dem Thema Großfeuerungsanlagenverordnung.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Schluß der Sitzung: 18.39 Uhr.

Mie/W